

# Sozialdemokratischer Pressedienst

Herausgeber und Chefredakteur:  
Erich Miffringhaus, Berlin.  
Fernsprecher: Amt Dönhoff 4196/4198



Anschrift für Verlag und Schriftleitung:  
Berlin SW 61, Belle-Alliance-Platz 8  
Druckerschrift: Copadienst

Die Herstellung erfolgt im Selbstverlag.  
Der Abdruck ist nur auf Grund besonderer Vereinbarung gestattet. Kündigung beiderseits 4 Wochen  
vor dem Quartalsanfang, wenn nicht anderes vereinbart ist. Erfüllungsort für beide Teile ist Berlin.

Berlin, den 18. Jan. 1933.

Int. Institut  
Soc. Geschichte  
Amsterdam

Geschichtsfälscher.

Die Nazis als Anbeter der Hohenzollern.

SPD. Zwar ist die Herrlichkeit des alten Reichs, deren Rückkehr Herr von Papen seinerzeit in Aussicht stellte, einstweilen noch nicht wieder über uns gekommen, aber die Anhänger des Vergangenen geben sich alle Mühe, die "stolzen" Erinnerungen aufzufrischen und dadurch den Eindruck zu erwecken, als ob das neue, das republikanische Deutschland im besten Fall eine Verirrung sei, aus der sich zu befreien, vornehmste Aufgabe des Staatsbürgers sein müsse.

So ist es auch zu verstehen, dass man am Mittwoch dem Tag, an dem vor 62 Jahren Wilhelm I. zum deutschen Kaiser ausgerufen wurde, einen besonders feierlichen Anstrich verleihen wollte. Der 18. Januar wird hervorgehoben, um den 11. August möglichst in Vergessenheit geraten zu lassen, denn der 11. August ist der Tag der Weimarer Verfassung, und die Weimarer Verfassung ist ein Werk der Revolution, die - zum mindesten theoretisch - den Nutzniessern des monarchischen Obrigkeitsstaates eine Schranke setzte.

Zwar kann alles gute Zureden die Bevölkerung in ihrer Masse am 18. Januar nicht in eine festliche Stimmung versetzen; im wesentlichen sind es nur die amtlichen Stellen, die feiern. Sie beflaggen die öffentlichen Gebäude, sie nehmen in Bratenröcken an diesem oder jenem Festakt teil, sie pflegen das, was sie Tradition nennen.

Das könnten wir schliesslich mit einem Achselzucken hingehen lassen. Aber nicht zu ertragen ist es, wenn die Gelegenheit benutzt wird, um die die keine Veranlassung haben, dem Ehemaligen und den Ehemaligen nachzutruern, zu provozieren. Und eine Provokation war es, dass der nationalsozialistische Präsident des Preussischen Landtags auf dem Parlament neben der Reichs- und preussischen Flagge auch das Symbol des Kaiserreichs hisste, und dass der ebenfalls nationalsozialistische Präsident des Reichstags von seiner Dienstwohnung die schwarz-rot-goldene Fahne herunterholen liess, um sie durch die schweiz-weiss-rote zu ersetzen. Vielleicht tun sich die beiden Herren noch etwas zugute darauf, dass sie darauf verzichtet haben, ihre Häuser mit dem Hakenkreuz zu schmücken, aber es muss ihnen zu Gemüte geführt werden, dass Schwarz-weiss-rot heute ebenso ein Parteiabzeichen ist wie das Hakenkreuz.

Eine Provokation war auch die Rede, mit der Nazi-Kerri die Sitzung des Landtags am Mittwoch eröffnet hat. Sie war eine Hymne auf die Dynastie der Hohenzollern, die sich zu Trägern der Reichsidee aufgeworfen hätten und dabei von Stein, Yorck, Blücher, Gneisenau und Bismarck unterstützt worden seien. Indessen es war noch mehr als eine Provokation, es war auch ein Beweis für die abgrundtiefe Unkenntnis der Geschichte bei dem Mann, der durch die Gunst der Umstände und durch die Dummheit der Wähler zum Leiter des preussischen Parlaments berufen worden ist. Zur Entschuldigung mag ihm nur dienen, dass diese Unkenntnis viele der Feiernden mit ihm teilen - soweit sie nicht gar

wider besseres Wissen ein falsches Bild von dem Gang der Geschichte entwerfen.

Man könnte Herrn Kerrl und andere Anbeter der Hohenzollern an des Grossen Kurfürsten Bündnis mit Frankreich erinnern, das das Elsass den Franzosen preisgab. Man könnte fragen, was Yorck und Gneisenau mit der Reichseinheit zu tun haben. Man könnte an ein Wort Bismarcks erinnern, wonach die Dynastien - die preussische nicht ausgenommen - überall den Punkt gebildet hätten, um den der deutsche Trieb nach Sonderung in engeren Verbänden seine Krystalle ansetzte. Doch bezeichnender als alles das ist die Haltung, die der Preussenkönig Wilhelm I. einnahm, als ihm die deutsche Kaiserkrone nach Ueberwindung grosser Schwierigkeiten bei einer Reihe von anderen deutschen Fürsten winkte. Er sprach verächtlich von dem "Charaktermajor", der ihm da verliehen werden sollte, und seinem Sohn gegenüber äusserte er sich im September 1870: "Es würde ein grosses Unglück sein, wenn ich die glänzende preussische Krone mit dieser Schmutzkrone vertauschen müsste."

Wie Wilhelm, so auch die preussischen Junker und Konservativen. Das Reich war ihnen eine verächtliche Angelegenheit, sie wollten Preussen bleiben. In Preussen waren sie die Herren, im Reich fürchteten sie durch die süddeutschen Demokraten und namentlich durch das allgemeine Wahlrecht in ihrem Einfluss verkürzt zu werden. Sie waren damals aus demselben Grunde Gegner der Reichseinheit, der sie heute eine Beseitigung preussischer Selbständigkeit fordern lässt. Wie ihnen einst das reaktionäre Preussen den besten Schutz ihrer Interessen verhies, so wollen sie jetzt ihr Ziel erreichen, indem sie Preussen in einem autoritär regierten Reich aufgehen lassen.

Dass die Einigung Deutschlands zuletzt nichts anderes war als eine wirtschaftliche Notwendigkeit, dass nicht zuletzt das Proletariat sie anstrebte und anstreben musste, brauchen Kerrl und seine Freunde nicht zu wissen, und wenn sie es wissen, so sagen sie es nicht, weil sie ihre Reverenz vor den Hohenzollern machen wollen. Das arbeitende Volk aber wird den Festmachern und Festrednern zeigen, dass ihre Hoffnungen auf die Wiederkehr der Vergangenheit eitel sind: mag sich diese Vergangenheit nun in den Mantel des Hohenzollerntums hüllen oder als Drittes Reich drapieren. Aus dem Paradies ihrer Erinnerungen wollen wir die ewig Gestrigen nicht vertreiben, das neue Reich jedoch wird unser Reich sein.

-----

SPD. Breslau, 18. Januar (Eig. Drahtb.)

In der Nähe der Gemeinde Woischwitz bei Breslau, wo die Breslauer SA regelmässig ihre Geländeübungen abzuhalten pflegt, wurden mehrere Jungarbeiter von etwa 20 Hitler-Rowdies überfallen. Einer wurde brutal zu Boden geschlagen. Danach stürzte sich die Hakenkreuzmante auf einen ahnungslos mit einem Zentner Kohle des Weges kommenden Arbeiter, der ebenfalls niedergeschlagen wurde. Als letztes Opfer suchten sich die Nazibanditen einen in der Dorfschmiede tätigen ehemaligen Stahlhelmann aus. Auch er wurde mit Eisenstöcken, Stahlruten und mit einem Hammer viehisch misshandelt und zu Boden geschlagen. Zu Passanten äusserten die Nazis: "Wir kommen morgen wieder, da soll Woischwitz was erleben!"

-----

SPD. Die Erörterung der Durchführung der Osthilfe ist der Reichsregierung und den Grossagrariern ausserordentlich unangenehm. Trotzdem wird die Regierung ihr nicht entgehen. Die von ihr angeforderten Auskünfte sind allerdings so unzulänglich, dass sich sowohl die Sozialdemokratie als auch das Zentrum im Haushaltsausschuss des Reichstages veranlasst gesehen haben eine Ergänzung zu beantragen. Die Sozialdemokratie wünscht eine genaue Ueber-

sicht über die Verwendung der zur Betriebssicherung vorgesehenen Mittel und zwar nach a) Darlehen, b) nicht rückzahlbare Zuschüsse und c) sonstige Zuwendungen. Selbstverständlich sollen diese Angaben für die verschiedenen Grössenklassen getrennt gegeben werden. Ausserdem aber wird gewünscht, dass die Gesamtbeträge angegeben werden, die den einzelnen Betrieben zugeflossen sind. Auch das Zentrum verlangt detaillierte Angaben über 11 im einzelnen aufgeführte Tatbestände.

-----

SPD. Wetzlar, 18. Januar (Eig. Drahtb.)

Die Kommunisten in Stadt und Kreis Wetzlar haben besonderes Pech mit ihrer Führergarnitur. Nicht weniger als vier ehemalige "prominente" Kommunisten, die wacker auf die Sozialdemokratie zu schimpfen pflegten, sind zur Äussersten Rechten hinübergewechselt. Der eine ging zur "Schwarzen Front", ein zweiter wurde Nazi, ein dritter sogar SA-Führer. Den Vogel aber hat zweifellos der frühere Bolschewist, Russlandreisende und jetzige "Homöopath" Schmidt aus Wetzlar abgeschossen, der seit kurzem ein Blättchen herausgibt unter dem Titel: "Mahnruf an die Gottlosen", eine Wochenschrift der Volksgemeinschaft für religiöses Menschentum gegen den gottlosen Kommunismus und dessen Ursachen. Er selbst zeichnet als Verleger und Redakteur.

-----

SPD. Am Mittwoch hatte Adolf Hitler, "der verlogene Österreicher", wie ihn Otto Strasser nennt, seinen ganz grossen und feinsten Tag. Von morgens bis in den späten Abend sass, ass, sprach und kuhhandelte er ausschliesslich mit den feinen und allerfeinsten Leuten. Von einem Palais sauste sein silberlackierter Mercedes-Achtzylinder zum anderen, von einem Klubsessel sank der "Arbeiterführer" in ein anderes, noch tieferes Polstermöbel, vom Baron gings zum Grafen, von Hugenberg zum Schwerarbeiter Thyssen, vom Grubenmagnat zum Zeitungskönig.

Es war ein grosser Tag im Leben "des Führers" für das Dritte Reich. Im wesenlosen Scheine lagen hinter ihm und seinem Goebbels die öden, grauen Tage des Deutschlandfluges gegen die Barone und feinen Leute, die die Macht "erschleichert hatten". Vorbei waren die schwarzen Tage des Kampfes gegen die "anmassenden Reaktionäre, gegen die Herrenklübler und den Hugenzwerg". Vergessen war die Drohung mit der Revolution der Bauern und Arbeiter. An diesem 18. Januar galt es dem letzten und höchsten Zweck zu dienen: den feinen Leuten die Hand zu drücken und mit ihnen um Ministersessel zu handeln und Geld zu ergattern. Wie sollte da noch Raum sein für Hader und Gezänk, wenn das Mitglied des Herrenklubs, Freiherr von Alvensleben, in höchst eigener Person die Hand ausstreckt, und von Hitler zu Schleicher, von Schleicher zu Hitler rennt! Mittlerweile plauderte es sich gut zwischen Adolf und Herrn von Papen, zumal der "auf dem breiten Rücken der Nazis in die Macht" gestiegene ehemalige Kavallerieoffizier noch den Duft des kronprinlichen Palais in den Kleidern trug.

Dem Kohlen- und Erzmagnat Thyssen blieb die beste Stunde des gestrigen Tages vorbehalten - ein Diner mit Hitler im Hause des preussischen Landtagspräsidenten Kerrl! Da sasssen sie mit Gefolge an der reichbesetzten Mittagstafel: Adolf, Thyssen und Kerrl und auf dem Dach des Palais wehte zu Ehren des 18. Januar die schweiz-weiss-rote Fahne. Die Flagge der Hohenzollern, die Farben der Reaktion, das Wahrzeichen des brandenburg-preussischen Kleindeutschlands.

-----

SPD. Genf, 18. Januar (Eig. Drahtb.)

Die Wirtschaftsmassnahmen, die das Programm der Londoner Wirtschaftskonferenz bilden sollen, sind in einem ausführlichen Kommentar erläutert, der am Mittwoch von den Sachverständigen der Vorbereitenden Konferenz angenommen und in der zweiten Lesung verabschiedet wurde.

Der Kommentar enthält drei Kapitel, von denen das erste die Handelshemmnisse behandelt. Darin wird festgestellt, dass die Beseitigung der verschiedenen Arten von Beschränkungen, wie Kontingente, Clearing, Einfuhrverbote, usw., das dringendste zu lösende Problem der Rückkehr der Weltwirtschaft zu normalen Verhältnissen darstellt. Wenn sich auch Schwierigkeiten einer raschen und völligen Beseitigung aller Hemmnisse entgegenstellen würden, so seien die Sachverständigen doch einstimmig der Ansicht, dass sich die Regierungen sobald als möglich über die völlige Beseitigung verständigen müssten. Vielleicht müssten Übergangsmassnahmen vereinbart werden.

Kapitel 2 handelt von der Zolltarif- und Handelsvertragspolitik. Es beginnt mit der Feststellung, dass die Weltwirtschaftskonferenz sowohl in der Zoll- als in der Handels-Vertragspolitik die bestehende Praxis abzuändern und die Anwendung liberalerer Methoden zu sichern und zu suchen habe. Hier findet sich auch die wichtige Anerkennung, dass eine Besserung der Weltwirtschaftslage erreicht werden könne, wenn die Schuldnerländer ihre Schulden mit Waren und Dienstleistungen bezahlen könnten und die Gläubigerländer ihre Handelspolitik entsprechend einrichteten. Der Zollabbau müsse in Etappen erfolgen. Dieser Zollabbau und die Verständigung über eine gemässigtere Schutzpolitik für die Zukunft müsse ein Ziel der Weltwirtschaftskonferenz sein. Auf einen durch Zollfrieden zu erreichenden Stillstand in der Erhöhung der Zolltarife müsse der Abbau der Zölle folgen. Dieser Abbau könne sich auf vier Wegen vollziehen: 1. durch ein allgemeines Abkommen aller Konferenzstaaten, 2. durch Kollektivabkommen von Staatengruppen (regionale Abkommen). 3. Auf Grund zweiseitiger Verträge und 4. durch autonome Zollsenkungen. Der ideale Fall sei natürlich ein universelles Abkommen. Falls ein solches nicht zu erreichen wäre, bliebe die Möglichkeit von Kollektivabkommen, deren Beitritt jedem Staat offen stehen müsse. Zur Meistbegünstigungsklausel wird festgestellt, dass in normalen Zeiten die uneingeschränkte Meistbegünstigung den internationalen wirtschaftlichen Beziehungen zugrunde liegen soll. Ueber die notwendigen dauernden und vorübergehenden Massnahmen müsse eine Uebereinstimmung herbeigeführt werden.

Das dritte Kapitel spricht von der Organisation von Produktion und Warenaustausch. Nach Ansicht der Sachverständigen könnte eine gemeinsame Aktion der Regierungen fördernd wirken. Die Schaffung internationaler Kartelle müsse den beteiligten Industrien überlassen bleiben. Angesichts der ernsten Lage der Getreideproduktion soll die Weltwirtschaftskonferenz die Frage einer Regelung der Getreideproduktion und der Ausfuhr auf Grund staatlicher Abmachungen prüfen. Auch bezüglich anderer Produkte könnte die Konferenz untersuchen, ob nicht durch staatlichen Eingriff Kartelle zustandegebracht werden könnten, um die sich die beteiligten Wirtschaftskreise bisher erfolglos bemüht hätten. Gleiches gelte für das Verkehrswesen.

-----

SPD. Eisenach, 18. Januar (Eig. Drahtb.)

In der ersten Sitzung des neuen Gemeinderates von Völkershausen (Rhön) stimmten die Nationalsozialisten für einen Kommunisten als ersten Vorsitzenden und die Kommunisten für einen Nationalsozialisten als zweiten Vorsitzenden. Unter der Arbeiterschaft von Völkershausen herrscht grosse Empörung über diesen Verrat der Kommunisten.

Vergebens hatten sich die Sozialdemokraten um die Ausschaltung der Nazis bemüht. Die zwei linientreuen Stalinisten von Völkershäuser stimmten lieber mit den drei Nazis als mit den vier sozialdemokratischen Gemeindevertretern.

-----

SPD. Breslau, 18. Januar (Eig. Drahtb.)

Das evangelische Konsistorium hat die vorläufige Dienstenthebung des Nazipastors Fuchs aus Dittmannsdorf Kreis Waldenburg mit Wirkung vom 20. Januar ausser Kraft gesetzt. Der Beschluss des Konsistoriums stützt sich auf die am 10. d. M. erfolgte Haftentlassung des Geistlichen. Fuchs war im November vorigen Jahres auf Veranlassung des Waldenburger Staatsanwalts im Zusammenhang mit den Ermittlungen in der Kynauer Sprengstoffangelegenheit festgenommen worden.

-----

SPD. Innerhalb der Reichsregierung bestehen über die Wege, die die deutsche Wirtschaftspolitik einzuschlagen hat, die stärksten Meinungsverschiedenheiten. Beschränkung auf die Binnenwirtschaft oder Steigerung der volkswirtschaftlichen Ergiebigkeit durch den Warenaustausch mit dem Ausland, das ist der Kernpunkt des Streits. Im Haushaltsausschuss des Reichstags äusserte sich am Mittwoch der Reichswirtschaftsminister Warmbold zu diesem Problem. Er vermied es zwar ängstlich, die aktuellen Gegensätze mit dem Reichsernährungsminister und dem Reichslandbund zu besprechen. Dennoch waren seine allgemeinen Darlegungen die schärfste Verurteilung der einseitigen Politik der Grossagrarien und in dieser Hinsicht ausserordentlich wertvoll.

In der Wirtschaftspolitik, so führte Warmbold aus, gebe es Dinge, die so fest und unverrückbar sind, dass sie die grossen Grundlinien unserer Wirtschaftspolitik noch lange bestimmen werden. Die Grundlagen der heutigen Wirtschaftspolitik seien zur Zeit Bismarcks gelegt worden. Mehr als ein Sechstel der deutschen Bevölkerung lebe von der Arbeit für das Ausland. Für diesen Teil der Bevölkerung gebe es keine Beschäftigungsmöglichkeiten im Inland. Es bleibe Deutschland also nichts anderes übrig als vom Ausland Aufträge zu bekommen, um die Beschäftigungsmöglichkeiten im Inland zu erhöhen.

Eingehend beschäftigte sich Warmbold auch mit den Problemen der Landwirtschaft. Ihre Rentabilität lasse zu wünschen übrig. Trotzdem sei die Menge der Erzeugung so gestiegen, dass sie heute 25 Prozent höher sei als 1924. Die Zahl der Beschäftigten in der Landwirtschaft aber sei nicht gestiegen. Sie könne auch Arbeitslose in Zukunft in nennenswerter Zahl nicht aufnehmen. Deutschland sei bald in der Lage, sich mit den wichtigsten Nahrungsmitteln selbst zu versorgen. Rohstoffe aber müsse Deutschland aus der Weltwirtschaft beziehen. Dafür brauche es Beträge in Höhe von mehreren Milliarden. Nur durch den Verkauf der deutschen Arbeit auf dem Weltmarkt könne es diese Summen bezahlen. Der Warenaustausch mit dem Ausland sei also eine notwendige Ergänzung für Deutschlands innere Wirtschaft. Je mehr Deutschland Selbstversorgungsgebiet werde, umso ausschliesslicher würden die Preise von der Kaufkraft, also von der Höhe der Löhne bestimmt. Die Landwirtschaft habe also auch unter diesem Gesichtspunkt das stärkste Interesse an der Aufrechterhaltung eines genügenden Exports, weil nur durch den Export die innerdeutsche Preisbildung für die Landwirtschaft gehalten werden könne.

Recht interessante, wenn auch nicht immer neue Zahlen lieferte Warmbold für den Beweis, dass der Rückgang des Exports und das Steigen der Arbeitslosigkeit zu einem erheblichen Teil zu Lasten der Landwirtschaft gegangen seien. Der Rückgang des Exports um 6. - 7 Milliarden Mark und die dadurch hervorgerufene Steigerung der Arbeitslosenzahl um 2½ Millionen habe zu einem Ausfall

von Arbeitslohn in Höhe von 70 Prozent geführt. Diese Kaufkraft werde erfahrungsgemäss zu 60 Prozent für landwirtschaftliche, zu 40 Prozent für andere Erzeugnisse verwendet. Würde die Ausfuhr noch weiter eingeschränkt, dann gebe es noch weniger Kaufkraft für Nahrungsmittel, die Preise müssten also weiter fallen. Die besten Abnehmer der Agrarländer seien die Industriestaaten, nicht die Agrarstaaten. Das gleiche gelte für die einzelnen Provinzen in Deutschland. Der Inlandsempfang der reinen Agrargebiete an Agrarerzeugnissen habe 25 Mark pro Kopf, an Industrieerzeugnissen 145 betragen. Aber die Industriegebiete hätten pro Kopf 99 Mark Agrarprodukte und 196 Mark Industrie-produkte übernommen.

-----

SPD. Paris, 18. Januar (Eig. Drahtb.)

Die sozialistische Kammerfraktion hat am Mittwoch den Text ihres Gegenentwurfes zur Sanierung der Staatsfinanzen endgültig gebilligt und beschlossen, ihn der Finanzkommission zu unterbreiten.

Die Finanzkommission hat vormittags mit der Prüfung der Regierungsvorlage begonnen. Nacheinander eingehenden Analyse der Vorlage durch den Generalberichterstatter kritisierten mehrere Kommissionsmitglieder verschiedene Artikel, vor allem die nochmalige Herabsetzung der Militärausgabe, die Staatslotterie zugunsten der Kriegsteilnehmer usw. Ein Abgeordneter der Radikalen Linken verlangte vor jeder Kürzung der Beamtenehälter eine Verringerung der Kosten des Lebensunterhaltes. Am Nachmittag beschäftigte sich die Finanzkommission mit dem sozialistischen Gegenentwurf, den Vincent-Auriol verteidigte. Der sozialistische Abgeordnete beantragte mit Unterstützung einiger Radikalen, den Gegenentwurf in Erwägung zu ziehen. Die Kommission beschloss jedoch, zunächst den Finanzminister über die Regierungsvorlage zu hören.

-----

SPD. Der Nazi-Präsident des Preussischen Landtags hatte am Mittwoch zur Feier des 18. Januar auf dem Landtagsgebäude mit der Parteifahne der Papen und Hugenberg flaggen lassen. Das Gesetz bestimmt, dass auf Staatsgebäuden nur Reichs- und Landesflaggen gehisst werden dürfen. Was fragt aber die Reaktion nach Recht und Gesetz? Sie ging selbst über den Protest der Sozialdemokratie gegen die Hohenzollernfahne zur Tagesordnung über, obwohl sich hinter ihn eine Mehrheit des Hauses stellte.

Die Abstimmungen in der Mittwochsitzung ergaben meist Einmütigkeit - die Deutschnationalen fehlten - gegen Stillelegungen, für Arbeitsbeschaffungsprojekte. Ausserdem wurden eine Reihe wild-antisemitischer Anträge der Nationalsozialisten von der Abwehrmehrheit - Sozialdemokraten, Kommunisten und Zentrum - zu Fall gebracht. Einen pikanten Reiz hatte die Abstimmung über einen Antrag auf Aufhebung der Schlachtsteuer. Die Sozialdemokratie ist grundsätzlich gegen diese Steuer; aber ebenso gut weiss jeder denkende Mensch, dass bei der heutigen Finanznot an Steueraufhebungen garnicht zu denken ist. Da die Sozialdemokratie dem Volk kein Theater vormacht, lehnte sie den Antrag auf Aufhebung der Schlachtsteuer ab. Er wurde indessen mit den Stimmen der Nationalsozialisten, der Kommunisten und aller bürgerlichen Parteien angenommen. Auf sozialdemokratische Zurufe an die Nationalsozialisten, dass ihre Regierungen in Oldenburg, in Thüringen, in Braunschweig und in Mecklenburg die Schlachtsteuer eingeführt hätten, kam die bezeichnende Antwort: "Deshalb stimmen wir doch in Preussen dagegen, solange wir in der Opposition sind." Ein alter Spruch sagt zwar, dass die Welt betrogen sein will; ob aber die deutschen Wähler wirklich so plump betrogen werden wollen?!

Im Anschluss an die Abstimmungen begann die Kulturdebatte. Sie floss

Verpflichtung zur Vermittlung, die Erinnerung an die Nichtanerkennung gewaltsamer Gebietsveränderungen, wie sie in der Entscheidung des Rates vom 11. März enthalten war, die Respektierung des Völkerbunds- und Kelloggpaktes, die Einladung von Amerika und Russland zu den Verständigungsverhandlungen, den Auftrag zur Erstattung eines Berichtes bis 1. März an die Vollversammlung und den Vorschlag von Lösungen, falls keine Verständigung zustande kommt.

Der Ausschuss befasste sich zunächst nur mit dem von Japan selbst als Haupteinwand bezeichneten Abänderungsvorschlag, nämlich der Nichteinladung Amerikas. Es wurde beschlossen, es über diese Frage nicht zum Bruch kommen zu lassen und einen letzten loyalen Versuch zur Verständigung zu machen. Der japanischen Vertretung wird die Frage vorgelegt werden, ob sie nach Streichung dieses Punktes die Entschliessung annehmen werde. Man will also die Japaner zu zwingen, Farbe zu bekennen, was bei der japanischen Täuschungstaktik wohl kaum gelingen dürfte. Ueber die chinesischen Abänderungswünsche wurde nicht gesprochen und zwar mit der bezeichnenden Begründung, dass sie sich bei einer Ablehnung durch Japan erübrigen würden. Ein neuer Termin für die Weiterarbeit des Ausschusses wurde nicht festgesetzt, da bestimmt mit einer neuen Verzögerungsforderung Japans für die Antwort aus Tokio gerechnet wird.

-----

SPD. Der auf sozialdemokratischen Antrag eingesetzte Untersuchungsausschuss des Preussischen Landtags zur Nachprüfung der Vorgänge, die zur Einsetzung des Reichskommissars in Preussen geführt haben, hielt am Mittwoch abend seine konstituierende Sitzung ab. Vorsitzender des Ausschusses ist Dr. Nicolai (Nat. Soz.). Zum Berichterstatter wurde bestimmt Staatsminister a. D. Abg. Grzesinski (Soz.), zum Gegenberichterstatter Abg. Brückner (Nat. Soz.) Der Vorsitzende wurde ermächtigt, im Einvernehmen mit den Berichterstattern den Beratungsplan aufzustellen und den Termin der nächsten Sitzung festzusetzen

-----

SPD. Genf, 18. Januar (Eig. Drahtb.)

Die Konferenz zur Vorbereitung der Vierzigstundenarbeitswoche konnte am Mittwoch noch nicht zu einer Entscheidung über die ihr vorliegenden Entschliessungsentwürfe kommen. Nach langen, teilweise sehr scharfen Auseinandersetzungen, in denen die Arbeiter durch Bevin-England und Jouhaux-Frankreich ihre Entschliessung verteidigen liessen, während die Unternehmer beide Entschliessungen ablehnten, wurde die Aussprache und die Abstimmungen auf Donnerstag verschoben.

-----

SPD. Im Hinblick auf die wirtschaftliche Not der meisten zum Amt eines Schöffen oder Geschworenen herangezogenen Arbeiter und Angestellten, hat die sozialdemokratische Fraktion des preussischen Landtags beantragt:

"1) dass der Reichsjustizminister die Verordnungen vom 18.3.1924 und 22.12.1925 über Entschädigung von Schöffen und Geschworenen in einer den gegenwärtigen Zeitverhältnissen entsprechenden Weise abändert und in jedem Falle eine Billigkeitsentschädigung für erwerbslose Schöffen und Geschworene festsetzt, 2) dass bis zu einer solchen Regelung der Finanzminister angewiesen wird, aus besonderen Fonds Mittel für diese Zwecke zur Verfügung zu stellen."

-----

unbedeutend dahin. Aus dem ganzen Kleinkramgerede, das kaum eine Erwähnung lohnt - auch die wilden antisemitischen Hetzereien des Nazi-Abgeordneten Haupt boten nichts Neues - hob sich nur die Rede Dr. Nöltings heraus. Nölting beschrieb die herrschende Kulturreaktion in allen ihren Ausprägungen und Erscheinungsformen, in der Beförderung bemakelter Parteibuchbeamter und unfähiger Corpsstudenten, wie in der Massregelung aller aufrechten Republikaner und Demokraten. Eingehend legte er die Gedankengänge dar, aus denen die Sozialdemokratie die unumstößliche Ueberzeugung vom Wiederaufstieg und Endsieg der Arbeiterklasse schöpft. Die bewährte Taktik der Sozialdemokratie habe den Todeskeim in die NSDAP gelegt. Die faszinierende Kraft der Nazis auf Regierungskreise und Kleinbürgertum schwinde dahin. Sie hätten nur noch die Wahl, ob sie sich an Schleichers Deichsel spannen und Aftermieter in der Wilhelmstrasse werden, oder ob sie einen neuen Wahlkampf führen wollten mit leeren Seelen, leeren Gehirnen und leeren Kassen.

Nölting weckte bei den Braunhemden wüstes Gebrüll, das jedoch vom Beifall der Sozialdemokraten übertönt wurde. - Die Kulturdebatte wird am Donnerstag fortgesetzt.

-----

SPD. Halle, 18. Januar (Eig. Drahtb.)

Der vernichtenden Niederlage der RGO bei den Betriebsratswahlen in den städtischen Betrieben folgte ein zweiter Schlag bei der Ortsverwaltungswahl der Filiale Halle des Zimmererverbandes. Während bisher noch drei linientreue RGO-Leute dem Vorstand angehörten, wurde jetzt mit grosser Mehrheit ein völlig kommunistenreiner Vorstand gewählt.

-----

SPD. Die Sozialdemokratische Fraktion hat im Preussischen Landtag folgenden Antrag eingebracht :

"Auf dem Landtagsgebäude wehte am 18. Januar 1933 neben den Fahnen in den Farben Preussens und des Reiches die schwarz-weiss-rote Fahne. Frohlockend macht die deutschnationale Presse über diese Beflaggung des Landtagsgebäudes Mitteilung und beglückwünscht den Landtagspräsidenten zu dieser verfassungswidrigen Tat.

Aus den Mitteilungen der deutschnationalen Presse ist ersichtlich, dass die Landtagsbeflaggung auf Betreiben der Deutschnationalen mindestens schon am 17. Januar vorbereitet wurde, und dass deshalb in der Durchführung dieser Wünsche durch den nationalsozialistischen Landtagspräsidenten eine Verbeugung der Nationalsozialisten gegenüber den Deutschnationalen und der schwarzweissen roten Fahne erblickt werden muss.

Wir erheben gegen diese ungesetzliche Beflaggung des Landtagsgebäudes den allerschärfsten Protest und beantragen: Der Landtag wolle beschliessen: 1) den Landtagspräsidenten aufzufordern, die schwarz-weiss-rote Fahne sofort von dem Landtagsgebäude zu entfernen, da nach den geltenden gesetzlichen Bestimmungen diese Beflaggung unzulässig ist, 2) die Kosten für die Beschaffung der schwarz-weiss-roten Fahne persönlich zu übernehmen, da die Bezahlung aus Staatsmitteln unzulässig ist."

-----

SPD. Genf, 18. Januar (Eig. Drahtb.)

Der Neunzehnerausschuss der Völkerbundsversammlung nahm am Mittwoch Kenntnis von den japanischen Gegenvorschlägen zu dem Resolutionsentwurf für die Lösung des Mandchureikonfliktes.

Diese Entschliessung der Vollversammlung enthält im wesentlichen die

SPD. Braunschweig, 18. Januar (Eig. Dr.)

Das braunschweigische Verwaltungsgericht hat in einer, auf eine Klage des Rates der Stadt Braunschweig gegebenen, Urteilsbegründung erklärt: Die Tätigkeit des Staatskommissars verstosse gegen Reichs- und Landesgesetz.

Anstelle der Stadtverordnetenversammlung antiert in Braunschweig seit 1 3/4 Jahren, auf Anordnung des Naziministers Klagges, ein Staatskommissar. Er hat er drei neue Stadträte eingesetzt. Gegen diese Willkürmassnahme wurde er beim Verwaltungsgericht. Es hat aus formalen Gründen die Klage abweisen müssen, weil die Einspruchsfrist verstrichen war. Dennoch sagt die Urteilsbegründung: ein Staatskommissar dürfe erst dann eingesetzt werden, wenn andere Wege zur ordnungsgemässen Erledigung der Aufgaben der städtischen Verwaltung nicht mehr vorhanden seien. Das sei nicht der Fall und deshalb verstosse seine Tätigkeit gegen Reichs- und Landesverfassung, vor allem gegen das Selbstverwaltungsrecht der Gemeinden.

-----

SPD. Ein neuer Sozialraub ist geplant. Man will die Arbeitslosenversicherung beseitigen.

Im neunten Ausschuss des Reichstags, der am Mittwoch zu den Anträgen auf Beseitigung der sozialen Härten der Notverordnungen Stellung nahm, wurde ein sozialdemokratischer Antrag, der jeden Abbau der Arbeitslosenversicherung unterbinden, die zerstörte Rechtsgrundlage der Versicherung wiederherstellen will und die beabsichtigte Zusammenlegung der Versicherung mit der Wohlfahrtsfürsorge verwirft, gegen die Stimmen der Sozialdemokraten und Kommunisten von den bürgerlichen Parteien einschliesslich der Nationalsozialisten abgelehnt. Angenommen wurde ein Antrag, wonach der Charakter einer selbständigen Arbeitslosenversicherung erhalten werden soll.

Der Reichsarbeitsminister Dr. Syrup erklärte, dass jetzt alles darauf dränge, eine "Vereinheitlichung der Arbeitslosenhilfe" herbeizuführen. In den nächsten Tagen werde das Kabinett zusammentreten, um die erforderlichen Beschlüsse zu fassen. In der Aussprache liess der Vorsitzende Abg. Brauns (Zentrum) durchblicken, dass die geplanten Massnahmen der Reichsregierung auf eine Beseitigung der Arbeitslosenversicherung hinauslaufen.

-----

Schluss des politischen Teils. - Auf Wiederhören

Donnerstag-Vormittag 7 Uhr auf Welle 2850.

# Aus aller Welt

## Klub der Selbstmörderinnen.

Im Banne des weissen Dämons - Eine geheimnisvolle Pariser Kriminalaffäre.

SPD. Paris, Mitte Januar (Eig. Ber.)  
Seit einigen Monaten grassiert in Paris eine mysteriöse Selbstmordepidemie. Ihre Opfer sind stets schöne, elegante, junge Damen aus dem Kreis der "oberen Zehntausend". Aber bei keinem der seltsamen Selbstmordfälle konnte der Grund der Tat erforscht werden.

### Die russische Tänzerin.

Kürzlich wurde die 17jährige russische Tänzerin Tanja Tova in der Garderobe des Theaters, in dem sie auftrat, tot aufgefunden. Die begabte Künstlerin war beim Publikum sehr beliebt gewesen und hatte eine ihrem Ruhme entsprechend hohe Gage. Die Obduktion der Leiche ergab als Todesursache: übermässigem Genuss von Opium. Die polizeilich vernommene Garderobiere gab zu, dass die Tänzerin vor jedem Auftreten "etwas" zu sich genommen hatte, um ihre Stimmung zu heben und ihre Arbeitskraft zu steigern. Die Polizei verfolgte einige Spuren, die zur Ermittlung der Giftlieferanten führen sollten. Vergebens!

Das Reporter Glück eines jungen Pariser Journalisten führte jedoch zur Aufklärung. Der Journalist wurde auf einem seiner Streifzüge zufällig Zeuge, als sich eine elegante Dame in selbstmörderischer Absicht in die Seine stürzte. Er sprang ihr nach und rettete sie. Bald erkannte er in ihr die junge talentvolle Pianistin Marguerite de B. Als die Lebensmüde wieder zu sich gekommen war, legte sie ihrem Retter ein vollständiges, in seiner Wahrheit später polizeilich bestätigtes Geständnis ab.

### Die Erzählung der Pianistin.

Vor etwa einem Jahr mietete die berühmte Pariser Revuetänzerin Marise Dellion am Boulevard Raspaille, in der Nähe des Montparnasse, ein schönes schlossartiges Haus. Sie gründete in diesen Räumen, zu denen der Zutritt jedem Manne streng verwehrt wurde, einen "Damenklub" mit folgenden merkwürdigen Statuten:

1: Der Klub trägt den Namen: Frauenassoziation für gegenseitige moralische Hilfe.- 2: Als Mitglieder des Klubs werden Frauen oder junge Mädchen im Alter von 17 bis 39 Jahren aufgenommen. Aufnahmebedingungen: Schönheit, Eleganz und Unabhängigkeit.- 3: Die Mitglieder erstreben den Selbstmord aus psychologischen Motiven, Liebesenttäuschung, unstillbare Sehnsucht, Hypochondrie. Selbstmord wegen unheilbarer Krankheit oder Geldschwierigkeiten wird nicht zugelassen. 4: Hat ein Mitglied innerhalb drei Monaten keinen Selbstmord begangen, so wird sein Name in eine in den Klubräumen aushängende Schwarze Liste eingetragen. Begeht das Mitglied auch dann keinen Selbstmord, so schliesst es sich automatisch aus dem Klub aus.- 5: Die Wahl der Todesart steht den Mitgliedern frei.- 6: Der Klub stellt seinen Mitgliedern jede von ihnen erwünschte Menge von Rauschgift kostenlos zur Verfügung. In den Klubräumen darf jedoch Rauschgift nur massvoll genossen werden. Todesfälle innerhalb der Klubräume sind unter allen Umständen zu vermeiden.- 7: Unbefugten ist der Zutritt verboten. Das Personal besteht aus Negerinnen und Chinesinnen.- 8: Der Mitgliedsbeitrag beträgt monatlich 3000 Francs.- 9: Die Namen der Selbstmörderinnen werden in eine im Klubfoyer angebrachte Marmortafel eingemeisselt.

### Die Liste des Todes.

Das erste Opfer des Klubs der Selbstmörderinnen wurde seine Gründerin: Marise Dellion. Ihr folgte nach kurzer Zeit - unter besonders tragischen Umständen - Marcelle Roummée. Sie wollte sich mit Veronal vergiften, wurde aber überrascht. Die Künstlerin wurde in ein Spital gebracht; es bestand Hoffnung, sie zu retten. Aber kaum war sie wieder zur Besinnung gekommen, lief sie in der Morgendämmerung auf und davon und stürzte sich vor den Augen einer Blumenverkäuferin in die Seine. Das nächste Opfer war der auch in Deutschland bekannte Revuestar Jenny Golder. Ihr folgten die junge talentvolle Novellistin Char-moise, die Baroness Neville von der Comédie Française, die Sängerin Marcelle Lornée, die Fliegerin Jeanne Rogelles und die bekannte Schönheitskönigin Ni-non Fleury.

Nach dem Bericht der geretteten Pianistin sind alle die genannten Frauen ein Opfer des Rauschgiftes geworden. Sie alle haben ihren Freitod bewusst her-beigeführt. Die Pariser Polizei bemüht sich nach Kräften, die schauerliche Af-färe aufzuklären, den Klub aufzulösen und seine Wiederauferstehung unmöglich zu machen.

l-y.

+ + +

### Gelehrtentragödie.

-----  
Tragischer Freitod des Psychologen Werner Schulte.

SPD. Der bekannte Psychologe und Privatdozent Dr. med. Robert Werner Schul-te hat sich in seinem Laboratorium Berlin=Spandau mit Gas und Veronal ver-giftet. Er schleppte sein Bett in das an seine Vierzimmerwohnung anschlies-sende Laboratorium und stellte es dort unter zwei grossen Gashähnen auf, die er öffnete. Nach wenigen Stunden gelangten die ausströmenden Gase zusammen mit dem Inhalt von zwei Chemikalienkisten, die mit einem Zeitzünder verbun-den waren, zur Explosion. Es entstand beträchtlicher Sachschaden. Die mit meh-reren Zügen und Rettungswagen anrückende Feuerwehr fand den Gelehrten ster-bend auf. An der Tür hatte Dr. Schulte einen Zettel mit der Aufschrift "Vor-sicht Gas!" angebracht. Die Kriminalpolizei hat festgestellt, dass zwar der Freitod, aber nicht die Explosion von Dr. Schulte beabsichtigt war.

Dr. Schulte, der bereits als Achtzehnjähriger von der philosophischen Fakultät der Universität Leipzig mit einem Preis ausgezeichnet worden war, wirkte nach Abschluss seiner medizinischen Studien praktisch als Psychologe, -insbesondere als Reklamefachmann -, als Psychotechniker und Sozialhygieniker. Vor ungefähr 8 Jahren gründete er an der Berliner Humboldt=Hochschule die Ab-teilung für Psychotechnik, Sport und Lebenskultur; bald darauf ernannte ihn das Psychologische Institut der preussischen Hochschule für Leibesübungen zu seinem Leiter. Die an beiden Stellen ausgeübte umfangreiche Lehrtätigkeit liess ihm noch Zeit zur Niederschrift zahlreicher sportpsychologischer Bücher und Aufsätze, zur Abfassung von Filmmanuskripten, zu Vortragsreisen und zur Herausgabe der Zeitschrift "Psychologie und Medizin". Seiner Vielseitigkeit entsprach seine wissenschaftliche Gründlichkeit.

Vor einigen Jahren wollte Dr. Schulte zusammen mit dem österreichischen Botaniker Dr. Simmer zu einer Flugexpedition nach Innerafrika starten. Dr. Schulte steckte seine gesamten, ziemlich beträchtlichen Ersparnisse in das Unternehmen; u.a. kaufte er eine Flugmaschine. Kurz vor dem endgültigen Start entzweiten sich jedoch die beiden Forscher; schliesslich flog Dr. Simmer allein-ab. Dieser Misserfolg löste in Schulte starke Gemütsdepressionen aus. Sein Zu-stand wurde von Tag zu Tag hysterischer, seine Leistung entsprechend unzuver-lässig, so dass ihm die Humboldt=Hochschule das Direktorium der Psychotechni-schen Sportabteilung eines Tages entziehen musste.

Mehr und mehr zog sich Dr. Schulte nunmehr von der Oeffentlichkeit zu-

zurück. Seine Depressionszustände endeten wiederholt mit rechtzeitig ver= eitelten Selbstmordversuchen. Erst mit einer grossen Liebesaffäre schien die negative Periode seines Lebens durch eine positive abgelöst zu werden. Aber die junge Frau, die er erst zwei Tage vor Sylvester geheiratet hatte, verliess ihn bereits nach dreizehn Tagen, weil Dr. Schulte die Verbindung mit seiner früheren Freundin wieder angeknüpft hatte. Die hierdurch entstandene seeli= sche Erregung, die durch beträchtliche finanzielle Schwierigkeiten noch ver= stärkt wurde, verführten Dr. Schulte zur Flucht in den Tod. Diesmal kam ärzt= liche Hilfe zu spät. Ein hoffnungsvolles Leben wurde vom Schicksal zerstört.

+ + +

Die gejazzte Zeitung. Der amerikanische Komponist Ferd Grofe hat eine demnächst durch das Witmann-Orchester zur Uraufführung gelangende Zeitungs= symphonie im Jazzstil, die das Leben in einer amerikanischen Zeitungsredak= tion schildern soll, fertiggestellt. In dieser Symphonie wirken ausser dem Orchester ein Chor von Schreibmaschinisten, mehrere Maschinengewehre, knal= lende Revolver, eine Schutzmannspfeife und eine Feuerwehrsirene mit. Der ers= te Satz behandelt "Die Jagd nach den Nachrichten"; der zweite "Die Arbeit der weiblichen Reporter"; der dritte Satz beschäftigt sich mit der lustigen Bilder= beilage; der letzte Satz illustriert in einem stürmischen Furioso das Zustan= dekommen einer einzelnen Zeitungsziffer.

+ + +

36 000 Mark unterschlagen. Der 38jährige Buchhalter Eberhard Müller aus Berlin-Steglitz wurde unter der Beschuldigung, aus dem Besitz des "Automobil= Klubs für Deutschland" 36 000 Mark unterschlagen zu haben, verhaftet. Müller ist geständig. Teilweise hat er das Geld verspielt, teilweise gemeinsam mit seiner Ehefrau im Haushalt verbraucht.

+ + +

Hingerichtet. Am Mittwoch Morgen wurden im Hofe des Gerichtsgefängnisses Posen die beiden Mörder des geistlichen Professors Massowski durch den Strang hingerichtet.

+ + +

Hummel-Revision. Staatsanwalt und Verteidiger haben gegen das vom Frei= burger Gericht gegen den Schwindler Karl Ignaz Hummel alias Daubmann gefällte Urteil (2½ Jahre Gefängnis und 5 Jahre Ehrverlust) Revision beim Reichsgericht angemeldet.

+ + +

Morphium als Kinderspielzeug! Beamte des "Dezernats zur Bekämpfung des Rauschgift Handels" der Berliner Kriminalpolizei verhafteten den Kaufmann Al= fons Barnasch, der 10 000 Ampullen Morphium in den Handel bringen wollte. Die Ware stammt noch aus Weltkriegs-Heeresbeständen. Der gleichfalls festgenommene Spediteur, in dessen Auftrag Barnasch die Ware an den Mann zu bringen versuch= te, erklärt, dass das Morphium vor etwa 10 Jahren von einem unbekanntem Manne bei ihm untergestellt, dann aber nicht mehr abgeholt worden sei. Jahrelang will der Spediteur von dem Inhalt der Kiste nichts gewusst haben, bis er eines Tages darauf aufmerksam gemacht worden sei, dass Kinder auf dem Hofe des Spe= ditionsengeschäftes mit Morphiumampullen spielten, Sie stammten, wie sich dann herausstellte, aus jener geheimnisvollen Kiste.

+ + +

4 000 Grippe-Kinder. In der Stadt Braunschweig sind 80 Lehrer und 4 000 Schulkinder an der Grippe erkrankt; mehrere Schulen mussten geschlossen wer= den. Auch in den Geschäften und Büros macht sich die Epidemie stark bemerkbar; es fehlen bis zu 40% des Personals. Die Krankenkassen können den Andrang der Krankmeldungen kaum bewältigen. In einer Reihe von Fällen verlief die Krank= heit tödlich.

-----

# Wirtschaft Technik Handel

## Tragödie an der Ruhr.

von August Schmidt - Bochum.

SPD. Im Ruhrbergbau waren 1913 noch rund 426 000 Mann beschäftigt, heute eben 205 000. Wie kaum wo anders tun hier Rationalisierung und Maschine ihr Werk, in einem Ausmass, wovon man sich vor dem Kriege unmöglich eine Vorstellung machen konnte. Im Jahre 1931 wurden von der Gesamtproduktion im rheinisch-westfälischen Steinkohlenbergbau 95 % maschinell gewonnen. In Niederschlesien sind es ebenfalls 95 %, im Aachener Revier (Wurmgebiet) 91 % und in Oberschlesien 23,5 %. Das bedingt eine unheimliche Steigerung der Leistung pro Mann und Schicht. Die Leistung steigerte sich wie folgt :

	1913	September 1932	Steigerung
Im Ruhrrevier	943 kg	1 646 kg	75 %
In Oberschlesien	1139 "	1 716 "	51 %
In Niederschlesien	669 "	938 "	40 %
Im Wurmrevier (Aachen)	768 "	1168 "	53 %

Die Erhöhung des Anteils je Mann und Schicht an der Produktion ist erfolgt, trotzdem die Arbeitszeit gegenüber 1913 ganz erheblich verkürzt wurde. Im rheinisch-westfälischen Steinkohlenbergbau ist die Schichtzeit von  $8\frac{1}{2}$  auf 8 vermindert worden, wobei allerdings bemerkt werden muss, dass heute die effektive, die wirkliche Arbeitszeit trotz der verkürzten Schichtzeit erheblich länger ist als vor dem Kriege. Auch hier spricht die Rationalisierung mit Man hat die Anfahrtswege in der Grube verkürzt und die maschinelle Personenbeförderung untertage eingeführt.

Die Technik hat geradezu revolutionierend auf die Verhältnisse im rheinisch-westfälischen Kohlengebiet gewirkt. So sind die Lohnkosten heute längst nicht mehr der entscheidende Teil der Selbstkosten bei der Kohलगewinnung, wie das von den Unternehmern immer wieder behauptet wird. In der Braunkohle und im Kalibergbau bilden die Lohnkosten schon immer nur einen ganz geringen Bestandteil der Unkosten und fallen gegenüber anderen Unkostenfaktoren nicht wesentlich ins Gewicht. In der Steinkohle musste das Problem bisher etwas anders betrachtet werden. Aber auch hier hat sich die Technik als revolutionierender Faktor ausgewirkt. Der Lohnanteil je Tonne Produktion sank

	1924	September 1932
im Ruhrrevier	6,95 Mark	4,27 Mark
in Oberschlesien	4,83 Mark	3,17 Mark
in Niederschlesien	7,28 Mark	5,68 Mark
im Wurmrevier (Aachen)	8,70 Mark	5,37 Mark

In mehreren Revieren liegt sogar der jetzige Lohnanteil ganz erheblich unter dem des Jahres 1913. Im Ruhrbergbau beträgt er augenblicklich 4,27 Mark pro Tonne gegenüber 5,94 Mark im Jahre 1913.

Aber wohin mit jenen, die Maschine und Rationalisierung aus dem Arbeitsprozess ausschalten? Die erwerbslos gewordenen Bergarbeiter stehen vor der zermürbenden Aussicht, auch bei bester Konjunktur nicht wieder in Arbeit zu kommen, wenn nicht zu ausserordentlichen sozialpolitischen Massnahmen gegriffen wird. Ein Beispiel aus dem Ruhrrevier soll das beweisen. Die arbeits-

tägliche Produktion betrug an der Ruhr im Jahre 1929, dem besten Konjunkturjahr, 407 000 Tonnen Kohle bei einer Belegschaft von 375 970 Mann. In derselben Zeit ist der tägliche Schichtförderanteil von 1 271 Kilogramm auf 1 646 Kilogramm gesteigert worden. Um die Produktion von 1929 zu erreichen, braucht man heute nicht 375 970 Bergarbeiter wie im Jahre 1929, sondern nur noch 246 266. Bei günstigster Konjunktur müssen also im Ruhrrevier 130 000 Mann arbeitslos bleiben, ohne Aussicht, wieder in die Grube zu kommen.

Das ist die grosse Tragödie an der Ruhr. Ein Bild voller Elend und voller Tragik. Wer will leugnen, dass hier ausserordentliche Massnahmen notwendig sind? Wer Technik und Maschine anerkennt, der muss sich auch den Gesetzen der Technik fügen. Die Gesetze der Technik gehen dahin, dass sich die menschliche Arbeit gegenüber der Maschinenarbeit verringert. Man kann nicht Maschinen zertrümmern und sich einbilden, die Entwicklung dadurch geändert zu haben. Maschinenstürmerei ist Barbarismus und führt zur Unkultur. Aber man muss unsere sozialen Verhältnisse auf das Wesen der Technik einstellen und diese Einstellung erfordert an der Ruhr eine Anpassung der Arbeitszeit an den technischen Stand. Die Vierzigstundenwoche muss an der Ruhr unbedingt durchgeführt werden. 130 000 Mann, die hungern, die arbeiten wollen und nicht können gemähnen täglich, stündlich daran. Wirtschaftlich ist diese Arbeitszeiteinschränkung, wie die Leistungssteigerung und die Lohnkostenentwicklung zeigen, durchführbar. Sozialpolitisch ist sie unmöglich und eine Notwendigkeit, wenn die technische Revolution nicht zu bedenklichen und unabsehbaren sozialen Revolutionen führen soll.

-----

SPD. Der deutsche Aussenhandel hat im Jahre 1932 einen Ueberschuss von 1,073 Milliarden Mark erzielt. Der Ausfuhrüberschuss ist gegenüber dem Vorjahr stark zurückgegangen. Er betrug im Jahre 1931 noch 2,872 Milliarden Mark. Die in diesen Zahlen einbezogenen Reparationssachlieferungen betragen 393 Mill. Mark im Jahre 1931, im Jahre 1932 = 62 Mill. Mark.

Die Gesamteinfuhr im Jahre 1932 beziffert sich auf 4,7 Milliarden Mark; ihr Rückgang gegenüber dem Vorjahr beträgt mithin 2,0 Milliarden Mark, von denen rund 1,1 Milliarden Mark auf die Rohstoffeinfuhr, 476 Mill. Mark auf die Lebensmitteleinfuhr, 498 Mill. Mark auf die Fertigwareneinfuhr und 21 Mill. Mark auf die Einfuhr lebender Tiere entfallen. Gegenüber dem Vorjahr liegt das durchschnittliche Preisniveau für die Gesamteinfuhr um 24 v.H. für die Rohstoffeinfuhr und die Lebensmitteleinfuhr um jeweils 25 v.H., für die Fertigwareneinfuhr um 20 v.H. niedriger. Mithin beträgt der Mengenrückgang der Gesamteinfuhr  $8\frac{1}{2}$  v.H. gegenüber einem Wertrückgang von  $30\frac{1}{2}$  v.H. und der Mengenrückgang der Rohstoffeinfuhr  $7\frac{1}{2}$  v.H. gegenüber einem Wertrückgang von  $30\frac{1}{2}$  v.H.. Die Einfuhr von Lebensmitteln und Getränken ist der Menge nach um  $\frac{1}{2}$  v.H. gestiegen, während sie dem Wert nach um 24 v.H. zurückgegangen ist.

Die Gesamtausfuhr im Jahre 1932 beläuft sich auf 5,7 Milliarden Mark; sie bleibt damit hinter derjenigen des Jahres 1931 um fast 3,9 Milliarden Mark zurück. Diesem Wertrückgang um 40 v.H. steht ein Mengenrückgang um 30 v.H. gegenüber, denn das durchschnittliche Preisniveau der Gesamtausfuhr für 1932 ist gegenüber dem Vorjahr um 14 v.H. gesunken. Die Ausfuhr von Fertigwaren allein, die um 2,9 Milliarden Mark abgenommen hat, ist wertmässig um 39 v.H., mengenmässig um 31 v.H. zurückgegangen; ihr Durchschnittswert liegt um fast 12 v.H. niedriger als im Jahre 1931. Auf die Ausfuhr von Rohstoffen und halbfertigen Waren entfällt ein Rückgang um 781 Mill. Mark (Wertrückgang um 43 v.H., Mengenrückgang um 25 v.H.), auf die Ausfuhr von Lebensmitteln und Getränken ein Rückgang um 156 Mill. Mark (Wertrückgang gleichfalls um 43 v.H., Mengenrückgang um 34 v.H.) und auf die Ausfuhr von lebenden Tieren ein Rückgang um 32 Mill. Mark (Wertrückgang um 69 v.H., Mengenrückgang um 61 v.H.).

+ + +

Im Monat Dezember sind die Einfuhr und Ausfuhr gestiegen und zwar die Einfuhren, gegenüber dem Monat November, um 29 Millionen Mark auf 423 Millionen, die Ausfuhren um 16 Millionen auf 491 Millionen Mark. Die Steigerung der Ausfuhren entfällt durchweg auf die Fertigwarenausfuhr. Die Handelsbilanz im Dezember schliesst mit einem Ausfuhrüberschuss von 68 Millionen gegenüber 82 Millionen Mark im November ab.

-----

SPD. Die von der Reichsregierung beschlossene Erweiterung des Vollstreckungsschutzes sieht auch für die nichtlandwirtschaftlichen Betriebe eine Verlängerung des Schutzes um 6 Monate vor. Der Zwangsvollstreckungsschutz soll nur dann ausgeschlossen sein, wenn der Schuldner bei Stellung des Antrages mit seinen Zinsleistungen in Höhe eines vollen Jahresbetrages im Rückstände ist. Für die Landwirtschaft gehen die Schutzbestimmungen aber noch weiter. Hier wird der Vollstreckungsschutz bis zum 31. Oktober 1933 nur dann versagt, wenn Rückstände in Höhe von  $1\frac{1}{2}$  Jahresraten bestehen. Die Reichsregierung hat sich also nicht auf eine zeitliche Verlängerung des Vollstreckungsschutzes beschränkt. Auch sind unsere Befürchtungen, dass die aus dem Sicherungsverfahren im Osthilfgebiet ausschaltenden, nicht mehr sanierungsfähigen Güter durch den Vollstreckungsschutz dem Zugriff der Gläubiger und damit der Siedlung entzogen werden, nicht im geringsten entkräftet. Viele nicht mehr sanierungsfähige Güter, die sich unter das Sicherungsverfahren gestellt haben, sind mit ihren Zinszahlungen noch keine  $1\frac{1}{2}$  Jahre im Rückstand. Die Eigentümer dieser Betriebe sind also nicht gezwungen, abzutreten und Siedlern Platz zu machen; sie können weiter auf Kosten der gesamten Wirtschaft ihre Betriebe verlottern lassen; denn neue Kredite wird ihnen kein Düngemittelhändler zur Verfügung stellen.

Ausserdem wird der durch die Notverordnung vom 27. September 1932 auf bestimmte Notstandsgebiete beschränkte Vollstreckungsschutz erheblich erweitert. Während bisher nur das zur Fortführung des Betriebes notwendige Mobilien und das zur Ernährung des Besitzers notwendige Vieh nicht gepfändet werden konnte, umfasst der neue Vollstreckungsschutz das gesamte Zubehör und die noch im Besitz des Landwirts befindlichen Vorräte. Voraussetzung für diesen Schutz soll sein, dass dem Schuldner durch die Zwangsvollstreckung Mittel entzogen werden, die er für die ordnungsgemässe Fortführung seines Betriebes bis zur neuen Ernte benötigt. Jeder Landwirt wird natürlich nachweisen können, dass er entweder die Erzeugnisse selbst oder den Erlös aus diesen Erzeugnissen zur Fortführung des Betriebes dringend gebraucht, sodass praktisch überhaupt keine Forderung gegen einen Landwirt mehr einklagbar ist. Die Erklärung der Regierung, dass diese Regelung keine grundsätzliche Abweichung vom allgemein geltenden Recht darstellt, ist uns unverständlich. Den Schaden aus diesem Vollstreckungsschutz werden nicht nur die Gläubiger der Landwirtschaft, die Händler und Handwerker tragen, sondern auch die Landwirte; denn kein Mensch kann der Landwirtschaft auf Kredit noch etwas liefern, wenn ihm das Recht genommen wird, Zahlungen einzutreiben.

-----

SPD. Berliner Butterpreise vom 18. Januar. Amtliche Notierung ab Erzeugung, Fracht und Gebinde gehen zu Käufers Lasten: I. Qualität 90, II. 83, abfallende Sorten 76 RM je 50 kg. Tendenz ruhig.

-----

SPD. Die Preisberichtsstelle beim Deutschen Landwirtschaftsrat veröffentlicht, wenn auch mit Verspätung, die Ergebnisse einer Erhebung über die Getreidevorräte in der Landwirtschaft für Mitte Dezember. Mit Ausnahme der Gerste waren alle Vorräte bedeutend höher als im Vorjahre. An Roggen waren 4,2 Millionen Tonnen gegen nur 2,7 Millionen Tonnen im Vorjahre vorhanden. An Weizen lagerten bei der Landwirtschaft Mitte Dezember 1932 = 2,6 Millionen Tonnen, Mitte Dezember 1931 dagegen nur 1,7 Millionen Tonnen. Auch an Hafer sind in diesem Jahre 350.000 Tonnen mehr vorhanden. Ohne Berücksichtigung der um ebenfalls 2 Millionen Tonnen höheren Kartoffelvorräte ergibt sich also, dass der Unterschied zwischen den diesjährigen und den vorjährigen Vorräten grösser ist als der gesamte vorjährige Getreideeinfuhrüberschuss. Die Folgerungen, die wir aus der Vorrätelage ziehen, unterscheiden sich von denen des Reichsernährungsministeriums sehr erheblich. Dieses versucht in kurzsichtiger Weise durch Verteuerung des Futtergetreides und durch Preisstützungsaktionen den Preis hochzuhalten. Die Folge ist Einschränkung des Viehbestandes und Verringerung des Brotgetreideverbrauchs. Die einzige Möglichkeit einer volkswirtschaftlich richtigen Verwendung des Ueberschusses besteht aber darin, einen Anreiz zur Mehraufzucht von Schweinen durch Verbilligung des Futtergetreides zu schaffen und den Brotkonsum wieder zu heben. Man scheint im Reichsernährungsministerium vergessen zu haben, dass der Verbrauch an Weizen durch die Notlage der Bevölkerung in diesem Jahre um eine halbe Million Tonnen geringer ist als im Vorjahre. Alle Versuche, die Getreidepreise künstlich hochzuhalten, werden an der Schrumpfung des Verbrauches scheitern.

-----  
Angebot steigt.

-----  
(Berliner Getreidebörse vom 18. Januar)

SPD. Wahrscheinlich infolge der Veröffentlichungen des Deutschen Landwirtschaftsrats über die Getreidevorräte hatte sich am Mittwoch das Angebot stark gesteigert. Die Stützungsstellen konnten sich nicht anders helfen, als dass sie die Notierungen um bis 1,75 Mark ermässigten. Die Notierungen für Hafer machten den Rückgang mit. Auch in effektiver Ware war das Angebot äusserst stark, da die Berliner Preise noch immer über dem Stand der in der Provinz gezahlten Preise liegen und Angebot nach der Reichshauptstadt ziehen. Das Mehlgeschäft lag nach wie vor sehr schlecht.

	17.1.	18.1.
	(ab märkische Station in Mark)	
Weizen	185 - 187	184 - 186
Roggen	151 - 153	150 - 152
Braugerste	165 - 164	158 - 164
Hafer	112 - 115	111 - 114
Weizenmehl	22,75-26,00	22,75-26,00
Roggenmehl	19,50-21,60	19,50-21,60
Weizenkleie	8,75- 9,00	8,75- 9,00
Roggenkleie	8,70- 9,00	8,70- 9,00
<u>Handelsrechtliche Lieferungsgeschäfte:</u> Weizen März 200 $\frac{1}{2}$ - 201 (Vortag 202 $\frac{1}{2}$ ), Mai 202 $\frac{1}{2}$ -203 (204 $\frac{1}{2}$ ). Roggen März 160 $\frac{1}{2}$ -160 $\frac{3}{4}$ (162 $\frac{1}{4}$ ), Mai 162 $\frac{1}{2}$ -163 (164). Hafer März 121 $\frac{1}{2}$ 121 Geld (122 $\frac{1}{4}$ ), Mai 124 - 124 Brief (125 $\frac{1}{4}$ ).		

-----



## Mehrmals Abbau?

### Um die Sanierung der Invalidenversicherung.

SPD. Die Umstellung der Sozialversicherung auf eine neue finanzielle Grundlage ist unvermeidlich geworden. Die Verschiebung in der Altersgliederung des deutschen Volkes, das Zerstörungswerk der Inflation und die Verwirrungen der Wirtschaftskrise zwingen dazu. Brennend ist die Neufundamentierung der Invalidenversicherung. Auf ihre gefährliche Lage hat soeben im Haushaltsausschuss des Reichstags der sozialdemokratische Abgeordnete Wissell, der frühere Reichsarbeitsminister, mit besonderem Nachdruck hingewiesen. Er machte darauf aufmerksam, dass die Invalidenversicherung bereits ein Viertel ihres Vermögens zusetzen musste, um ihre Ausgaben tragen zu können, und auch 1933 werde die I.V. monatlich mindestens 10 Millionen Mark aus ihrem Vermögen verbrauchen.

Was plant die Regierung? Allem Anschein nach nichts Gutes. Man munkelt von einem neuen Rentenabbau. Glaubt man wirklich noch immer, mit mechanischer Leistungskürzung das Defizit in der Invalidenversicherung beseitigen zu können? Die Notverordnungen haben diesen Versuch gemacht. Was wurde erreicht? Für 1932 bleibt noch immer ein Fehlbetrag von mehr als 200 Millionen Mark. Man hat die Invalidenrentner schwer bluten lassen. Die Durchschnittsrente, die früher 36 Mark betrug, beträgt heute keine 30 Mark mehr. Sieht man an verantwortlicher Stelle nichts von den furchtbaren Auswirkungen der Rentenkürzung? Sie hat sich erst im Laufe des Jahres 1932 ausgewirkt: die Kürzungen vom Dezember in der ersten Hälfte 1932 und die Kürzungen der Juni-Notverordnung in der zweiten Hälfte des vergangenen Jahres. Wer diese Auswirkungen kennt, weiss, dass nicht eine Kürzung, sondern ein Ausbau der gekürzten Renten dringend erforderlich ist.

Bei den verantwortlichen Stellen sind aber allem Anschein nach die Kürzungspläne, die schon vor Wochen spukten, keineswegs fallen gelassen worden. Auch jetzt wieder tauchen Gerüchte auf, wonach in der Invalidenversicherung sogar an eine vollständige Beseitigung des Grundbetrags gedacht wird; nur zur Beruhigung will man die laufenden Leistungen unberührt lassen; die neuen Renten aber würden im Durchschnitt um 12% gesenkt. Andere Abbaupläne sollen sich in der Richtung bewegen, dass man den Grundbetrag bestehen lässt, dafür aber die Steigerungssätze abbaut, woraus sich eine Senkung der Durchschnittsrente um 7 bis 10 Prozent ergeben würde. Anscheinend will man die Steigerungssätze vereinheitlichen und künftig einen Durchschnittssatz gelten lassen. Nun kann man aber die Vereinheitlichung auch so gestalten, dass der Durchschnittssatz sehr tief sinkt und dadurch eine neue Rentenkürzung entsteht.

Auch die Angestelltenversicherung, bei der man von einer gefährdeten finanziellen Lage nicht sprechen kann, wird, wie man in Angestelltenkreisen befürchtet, in die Abbauoperation einbezogen werden. Man spricht davon, dass verschiedene Abbaupläne den Grundbetrag auf 30, ja sogar auf 20 Mark abbauen wollen. In der A.V. müsste man sich, wenn die erwähnten Pläne konkrete Gestalt annehmen würden, auf eine Rentenkürzung bei einem durchschnittlichen Angestellten um etwa 12 Prozent gefasst machen.

Möglich, dass die Regierung oder vor allem das Reichsarbeitsministerium erklärt, an all diesen Plänen sei kein wahres Wort. Mit derartigen Versicherungen könnten aber - am allerwenigsten von einem halb- oder ganz autoritären Regiment - die Befürchtungen, dass nach Papens Muster weiter abgebaut werden soll, nicht abgetan werden. Im übrigen ist ja schon manche abgeleugnete "Diskussionsgrundlage" eines Tages doch von der Regierung als Plattform für ein Gesetz angeboten worden. Vorsicht ist jedenfalls gegenüber der Regierung Schleicher durchaus angebracht.

Sollten aber nur deshalb die erwähnten und erörterten Abbaupläne noch immer spuken, weil die Regierung keinen Weg zur Sapierung der Invalidenversicherung sieht, dann wollen wir ihr einen solchen Weg zeigen. Nach unserem Dafürhalten gibt es im Augenblick mindestens zwei Möglichkeiten zur Sapierung: da haben wir eine Arbeitslosenversicherung, die nur noch dem Namen nach eine Versicherung ist; das aus ihrem Beitrag von 6% fließende Geld wird zu einem sehr ansehnlichen Teil für Dinge verwendet, die mit der Arbeitslosenversicherung streng genommen nichts zu tun haben. Warum senkt man nicht den Beitragssatz der Arbeitslosenversicherung um 1 1/2 oder 2 Prozent und erhöht auf der andern Seite um diesen Satz den Beitrag zur Invalidenversicherung? Und dann gibt es ja auch noch ein Reich. Das Reich muss mithelfen. Es kann ja auch sonst helfen. Oder ist das Reich ~~mir~~ immer dann arm, wenn es gilt, den Armen zu helfen?

-----

SPD. Ueber die Besetzung der Stelle des Präsidenten des Reichsversicherungsamtes soll der Reichsrat am Donnerstag in seiner Vollsitzung Beschluss fassen. Dem früheren Präsidenten des Amtes Dr. Schäffer war bei der Uebernahme des Postens des Reichsarbeitsministers im Kabinett Papen seinerzeit zugesagt worden, er solle nach einem Ausscheiden aus dem Ministerium wieder mit seinem früheren Amt betraut werden. Diese Zusage stellt aber keine Bindung für den Reichsrat dar. Wie verlautet, bestehen auch im Reichsrat starke Bedenken gegen die Wiederernennung Dr. Schäffers zum Präsidenten des Reichsversicherungsamtes.

Aus Gewerkschaftskreisen dürfte sich kaum eine Stimme zugunsten Dr. Schäffers erheben. Er hat in der kurzen Zeit seiner Ministertätigkeit einen grossen Teil des Ansehens, das er früher in Gewerkschaftskreisen genoss, gründlich verwirrschaftet; dann er liess es fast an jedem Widerstand gegen die sozialreaktionären Tendenzen des Herrenreiterkabinetts fehlen.

-----

SPD. Die Angestelltengewerkschaften aller drei Richtungen (GdA, Gedag und Afa-Bund) haben der Reichsregierung und dem Reichstag eine Denkschrift überreicht, in der sie gegen den überspannten Stellenvorbehalt der Versorgungsanwärter in der öffentlichen Verwaltung Front machen. Die Angestelltenverbände fordern, dass zwischen den Bedürfnissen der Zivilversorgung und den berechtigten Interessen der Angestellten ein gerechter Ausgleich stattfindet.

Nach den Bestimmungen der Notverordnung des Reichspräsidenten vom 4. November 1932 sind die Arbeitsplätze in der öffentlichen Verwaltung in Zukunft fast ausschliesslich den ehemaligen Angehörigen der Wehrmacht und der Polizei vorbehalten. Das bedeutet eine durch nichts gerechtfertigte Schädigung der Angestellten, von denen zur Zeit rund 500 000 dem Elend der Erwerbslosigkeit ausgeliefert sind.

-----

SPD. Das Reichsversicherungsamt veröffentlicht die von ihm bearbeitete Statistik der Sozialversicherung 1931 mit einem Blick auf das Jahr 1932. Danach brachte das eben abgelaufene Jahr 1932 eine Fortsetzung der bisherigen ungunstigen Entwicklung. Die Beitragseinnahmen waren in allen Zweigen weiter rückläufig. Auch die Ausgaben haben sich im Jahre 1932 erheblich verringert.

Bei der Krankenversicherung war dies vor allem eine Folge der Vorschriften der Notverordnung vom 8. Dezember 1931. Eine natürliche Minderung ist ferner durch die mit der niedrigen Krankenziffer zusammenhängende geringere Inanspruchnahme der Krankenversicherung zu erwarten. Die Einnahmen werden infolge der ungunstigen Wirtschaftslage noch unter dem Rechnungsergebnis des Jahres 1931 liegen.

In der Invalidenversicherung bringen die Notverordnungen vom 8. Dezember 1931 und vom 14. Juni 1932 auf der Leistungsseite Entlastungen. Da aber die Beiträge weiter rückgängig sind, wird auch 1932 noch ein erheblicher Fehlbetrag vorhanden sein. Die Einnahmen können auf 715 Millionen Mark (darunter 640 Millionen Mark Beiträge) geschätzt werden. Die Ausgaben werden sich voraussichtlich auf 904 Millionen Mark (darunter 792 Millionen Mark für Pflicht- und freiwillige Leistungen) stellen.

In der Angestelltenversicherung erreichen die Einnahmen 447 Millionen Mark (darunter 285 Millionen Mark Beiträge), die Ausgaben 263 Millionen Mark. Auch in diesem Zweige brachten die Notverordnungen Leistungsminderungen.

In der knappschaftlichen Pensionsversicherung werden Fehlbeträge entstehen, die aber infolge von Satzungsänderungen und Leistungskürzungen sowie durch Zuwendungen des Reiches verhältnismässig gering sein werden.

In der Unfallversicherung können die gesamten Ausgaben auf 340 Millionen Mark geschätzt werden. Die rückläufige Bewegung der Unfallzahlen hat sich 1932 fortgesetzt, wodurch alle Ausgabengruppen, insbesondere die Aufwendungen für Krankenbehandlung und die Rentenleistungen, beeinflusst werden. Der am Ende des Jahres 1931 eingetretene Wegfall zahlreicher kleiner Renten hat sich im Jahre 1932 erstmalig in voller Höhe ausgewirkt. Eine Entlastung durch Verminderung der Ausgaben wird sich für die Genossenschaftsmitglieder nicht in vollem Umfange fühlbar machen, weil die Lohnsummen auch in erheblichem Umfange weiter zurückgegangen sind.

SPD. Der Deutsche Tabak-Arbeiter-Verband hat auf einer aktionärskonferenz einstimmig beschlossen, Reichstarifvertrag und Bezirkstarifverträge für die deutsche Zigarrenherstellung zu Ende März zu kündigen. Einmütigkeit bestand auch über die dem Reichsverband deutscher Zigarrenhersteller zu unterbreitenden Forderungen. Diese Forderungen werden in ihren Einzelheiten noch mit dem Zentralverband christlicher Tabakarbeiter vereinbart.

Der Kündigungsbeschluss erfolgte nach gewissenhafter Prüfung der Sachlage. Die Tabakarbeiter sind der Auffassung, dass die bestehenden Lohn- und Arbeitsbedingungen dringend einer Verbesserung bedürfen. Vor allem müssten die in den Tarifverträgen enthaltenen Härten verschwinden. Unter dem Zwang der Verhältnisse seien Löhne vereinbart worden, die in keiner Weise der Zigarrenarbeiterschaft eine auch nur halbwegs befriedigende Verdienstmöglichkeit bieten. Auch sei eine tarifliche Wochenarbeitszeit von 48 Stunden nicht mehr vertretbar, und der Skandal, dass zu einer Zeit, wo von einem wirtschaftlichen Bedürfnis - wie es im Reichstarifvertrag heisse - wirklich nicht die Rede sein könne, immer noch Ueberstunden gemacht werden, müsse schnellstens beseitigt werden.

# Kunst und Wissen

## UNTERHALTUNGSBEILAGE DES S.P.D

Berlin, den 18. Januar 1901.

### Die Waagflösser.<sup>x</sup>

-----

SPD. Im oberen Tale der wilden Waag, halbwegs zwischen den slowakischen Orten Strečno und Varnim, ist an einer scharfen Flusskrümmung ein niedriger Grabhügel mit einem hölzernen Kreuz darauf. Schriftungewohnte Hände haben eckige Buchstaben in den breiten Querbalken geritzt:

Hier gab die Waag ihr Opfer wieder.

Joseph Krombach, ein Zipser.

geb. 1879, gest. 1901.

Er starb vor der Zeit!

Mancher Arbeitsmann aus den Tatraväldern ist vor der Zeit gestorben, umgekommen in den tückischen Waagfluten. Die Waagleute kennen das: "Das Schicksal ist über ihn gekommen!"

Oberhalb von Liptau St. Micklas wohnt ein alter Waagflösser. Seit Jahren hat er den guten Verdienst eines Flossteuermannes aufgegeben. Seinen Sohn, die Hoffnung der Waldarbeiterschaft, hat er damals im Frühjahr hergeben müssen. Das hat ihm die Flösserei verleidet.

Der alte Waagflösser erzählt ungern von jenem Unglückstage, und wenn er berichtet, dann fließen seine Sätze stockend.

So etwa wird es wohl gewesen sein:

Das Floss schoss krachend durch einen Engpass. Die drei Männer an den Steuerstangen keuchten vor Anstrengung. Ihre Leiber dampften. Sie hatten die Hemden abgestreift, obschon die Luft kalt und schneidend war. Ihre Stimmen wetteiferten mit dem Brüllen der Wogen.

Morgens vor sechs Uhr waren sie abgefahren. Gegen fünf Uhr Nachmittags hofften sie am Ziel zu sein. Ueber hundert Kilometer war die Fahrtstrecke lang. Ueber hundert Kilometer härtester Kampf mit den hochgehenden, wildbrodelnden Waagfluten. Ueber hundert Kilometer höchste Lebensgefahr.

Die drei Steuerleute waren aus einem Dorfe; sie waren sogar miteinander verwandt: Vater, Sohn und Onkel. Die älteren zwei kannten das Wildwasser und seine Tücken, aber der jüngere machte heute seine erste Fahrt um den Lohn eines Steuermannes. Onkel und Vater bedienten die schweren hinteren Steuerstangen, der Sohn die leichtere vordere. Der junge Mann war nicht ängstlich - wer aus dem Gebirge kommt, kennt keine Furcht -, aber das Ungewohnte, die grosse Schnelligkeit, das Krachen der Flosstämmen, das Brüllen der Wasser, die unheimliche Ruhe in den tiefen Wäldern längs der Ufer, die zuweilen steilen und hohen Felswände, das alles bedrückte ihn. Oft genug versank er tief im Wasser, tauchte wieder hoch, sprang wie toll hin und her, klammerte sich fest an die Stange, alles anbietend um einen guten und sicheren Weg.

In stillen Wassern, wo einige Ruderschläge genügten, das Floss zu dirigieren, liess er seine Gedanken schweifen in vergangene Zeiten. Noch einmal erlebte er den ersten Gang in den Wald als Neunzehnjähriger, im Arm die Säge, in der Hand die breite Axt, auf dem Rücken das schwere Bündel mit Wäsche und Nahrung für Wochen. Hart war dieses Leben im Walde gewesen, härter noch als die Tage zuvor als Landarbeiter. Sie hatten um ihren Lohn kämpfen müssen. Ihm, dem Jungen, wurde damals die Aufgabe zuteil, dem Vertreter des Waldherrn die Forderungen der Holzfäller zu überbringen. Nun, dieser Weg war voller Erfolg. Den Holzfällern wurde Recht. Seitdem galt er als der Vertrauensmann der Waldarbeiterschaft und war stolz darauf. Diese erste Fahrt auf dem Floss sollte

einen doppelten Zweck erfüllen: sie sollte seine Fähigkeit als Steuermann erweisen - Steuerleute verdienen das Mehrfache wie Holzfäller, und er wollte sich einen Hausstand gründen -; ausserdem wollte er unten in der Stadt unweit des Fahrtzieles an Lohnverhandlungen teilnehmen.

Schon rechnete er sich den doppelten Gewinn der Fahrt aus, als das Floss durch den Engpass krachte. Er schreckte auf, packte die Stange fester, presste den Leib ans Holz, dass es schmerzte und er laut aufschrie. Trotzdem wurde er hochgerissen; in der Luft schwebend pendelte er hin und her, kroch tief ins aufspritzende Wasser, schluckte offenen Mundes das kalte Nass, wurde umgeworfen, wieder und kräftiger hochgeschleudert und samit der Stange zurück auf die glatten Flosstämme gedrückt. Die Männer an den hinteren Steuerstangen riefen ihm etwas zu. Er hörte sie nicht. Sein Schädel dröhnte, die Knochen krachten im Leibe, aus Mund und Nase schoss das Blut, die Kräfte drohten nachzulassen, und nur mit Aufbietung grösster Willenskraft konnte er sich noch an der Stange halten. Seine Augen weiteten sich und wurden schreckhaft gross. Heller Schweiss floss ihm aus den Poren, trotzdem schüttelte ihn der Frost. Seine Schreie wurden lauter und wilder. Er schrie um sein Leben!

Die beiden Älteren sahen diesen Kampf; sie wussten auch das Ende. Gern wären sie dem Sohn und Neffen, dem Arbeitskameraden zu Hilfe geeilt, aber die Gewalt der Strömung, die Wucht des Wassers liess von vornherein jeden Versuch aussichtslos erscheinen. Sie drückten ihre schweren Stangen gegen die brausenden Wasser und bebten und hofften....

Lange wagten sie nicht aufzublicken. Da... ein schriller, grauenerregender Ruf übertönte das Tosen der Fluten. Das Floss war gegen eine Felswand gerammt. Der Prall hatte den jungen Mann gegen den Felsen geschleudert, dass ihm der Schädel zertrümmert wurde und er sterbend in die Fluten sackte.

Vierzehn Tage später fand man den Leichnam unterhalb von Zilin in einem Weidengebüsche hängend.

Die beiden Alten, die in ihrem Leben schon viel durchgemacht und manches Opfer der Arbeit hatten fallen sehen, legten nach Uebergabe des Flosses am Fahrtziel ihre Arbeit als Steuerleute nieder. Der eine griff wie in jungen Jahren nach der Axt und ging in die Wälder. Der andre suchte seinen Lebensunterhalt beim Werken in Garten und Feld. Sie meiden den Fluss. Aber wenn die ersten Flösse talwärts fahren, dann stehen sie am Ufer, winken und rufen "Glück auf!" für gutes Gelingen!

Herbert Reinhold.

-----  
In den Bergen Marokkos.<sup>x</sup>  
-----

SPD. An diesem Abend stürzte der Samum über uns. Während wir noch unser Gepäck von den Mauleseln abluden, zeigte einer der Berbertreiber auf die dunkle Wand, die durch das Tal immer näher herankroch. Am Nachmittag war es schon merkwürdig schwül gewesen. In den Dörfern, durch die wir marschiert waren, hatte das Vieh dumpf in den Ställen gebrüllt. Die Blätter der breiten Nussbäume am Wege hingen schlapp und traurig in der reglosen Glut. Einer der Esel war unterwegs zusammengebrochen, und wir hatten ihn nur mit Mühe bis nach diesem Lagerplatz bringen können, wo das Wasser des Ait Mizane träge in der Nähe vorbeifloss und uns wenigstens die Möglichkeit gab, einen erfrischenden Minztee zu bereiten.

Doch kaum hatten wir das Feuer angefacht, als kleine Wirbelwinde es wieder ausschlugen und dröhnend die Maisstauden in den Feldern niederwarfen. Die Djeballas, grosse weisse oder gestreifte Umhängetücher der Eingeborenen, flatterten in die Lüfte. Die Tiere zitterten nervös mit den Nüstern und wollten davonrasen. Das grosse Naturereignis Marokkos, der Sandsturm aus der

Wüste Sahara, überfiel unser friedliches Lager. Aber dieser Wind, der immer mächtiger wurde, brachte keine Kühlung. Im Gegenteil: nachdem die Sonne hinter den hohen Atlasbergen untergegangen war, fiel zunächst das Thermometer um mehrere Grad. Dagegen war der Samum, wie der Sandsturm heisst, heiss wie Backofenluft. Seltsamerweise schwitzt man nicht dabei, sondern wird nur schlapp, und im Gehirn macht sich ein starker Druck bemerkbar. Einige von uns bekamen sogar Nasenbluten.

Die Berber hatten sich in ihre Tücher gewickelt und sich neben ihre Tiere niedergelegt, um das Unheil mit ängstlicher Gleichmut zu erwarten. Jetzt raste der dunkle Staubnebel geradezu auf uns los. Lange Minuten waren wir vom glühenden Sand umhüllt; die Sandkörner verstopften uns die Nase und gerieten in den Mund. Fast glaubte man zu ersticken. Dann lag plötzlich wieder unheimliche Stille über unserer Gruppe. Langsam nur kamen die Einzelnen aus ihrer schnell gesuchten Verstecken hinter Bäumen und Steinen hervor. Klar und unerschuldlich leuchtete jetzt der in den letzten Lichtern des Tages verglühende Himmel, und nur wie eine Rauchschwade zog der dunkle Samum talabwärts dem Flachlande zu.

Als wir kurze Zeit darauf, in Decken und Schlafsäcke gehüllt, mit bleiernen Gliedern den befreienden Schlaf ersehnten, fing der italienische Teilnehmer Dougan unserer Atlas-Expedition plötzlich an zu erzählen. Er, der sonst Schweigsamste und Verschlossenste unter uns, gab sein grosses Erlebnis aus den letzten Tagen preis. Wahrscheinlich hatte ihn die gemeinsame Gefahr des Sandsturmes so gepackt, dass er nun auch seine überwundenen Fährnisse nicht für sich behalten wollte.

Die Bergsteigergruppe I hatte zu dritt mit einem Träger die lange Gratwanderung vom Toubkal-Massiv, dem höchsten Berge im Atlas, nach dem Likoum-Gebiet gemacht. Die ganze Strecke bewegte sich in einer Höhe von 3500 bis 4000 Metern. Der Fels dort oben ist durch die starken Temperaturunterschiede zwischen Tag und Nacht sehr verwittert. Da es zudem noch gar keine genaue Karten von diesen, erst vor ein paar Jahren von den Franzosen eroberten Bergen gibt, bestand dauernd die grosse Gefahr, plötzlich vor unüberwindlichen Abgründen und Überhängen zu stehen. Nun, die Gruppe war genau aufeinander eingespielt; alle drei hatten schon viele gemeinsamen Hochtouren in den Alpen und im Kaukasus gemacht. Also wagten sie es, als Erste den Versuch zu unternehmen, den Verbindungsgrat zwischen den beiden Gebirgsmassiven zu bezwingen. Es sollte drei Tage schwerster Arbeit kosten. Der eingeborene Träger wanderte unterhalb der Gipfel von Pass zu Pass und brachte die Lebensmittel nach. Unterdessen zogen sich die kühnen Kletterer gegenseitig am Seil hoch, stiegen die glattesten Felswände, auf die Sicherung der Kameraden vertrauend, empor und konnten als stolze Erstbezwinger nach einer Woche ins Lager zurückkehren. So weit kannten wir schon ihren Bericht. Nun fügte aber Dougan sein ureigenes Erlebnis hinzu:

"Am dritten Tage war ich gegen Abend allein vorgegangen, um den Träger frühzeitig zu treffen und mit ihm das notdürftige Biwak vorzubereiten. Es war kein schwerer Weg mehr, nur etwa zweihundert Meter eine nicht zu steile, aber glatte Wand aufwärts und auf der Gegenseite bis zum Kar abzustiegen, wo mich Omar gemäss unserer Verabredung erwartete. Die beiden Andern waren von den Anstrengungen des überlangen Tages - wir hatten seit dem Vormittag nichts getrunken - sehr schlapp. Dagegen fühlte ich mich noch relativ frisch und war deshalb vorausgegangen. Als ich noch etwa 50 Meter vom Gipfel entfernt war, hörte ich plötzlich ein dumpfes Rauschen. Ich war gerade in überaus exponierter Stellung und konnte deshalb zunächst trotz meines grössten Erstaunens nicht aufschauen. Endlich hatte ich festen Fuss gefunden und sah nun zu meinem nicht geringen Schrecken einen riesigen Adler über mir kreisen, der immer

näher herunterkam. Seine Flügelweite war erstaunlich; sicher übertraf sie bei weitem die Grösse eines Menschen. Aber zu langen Betrachtungen war keine Zeit, denn ich wusste um die Gefährlichkeit der Steinadler, zumal da dieser sicher ein Nest in der Nähe hatte und vielleicht sogar Junge verteidigte.

Mit ein paar kühnen Sätzen, die mir bei einem Ausgleiten das Leben gekostet hätten, sprang ich auf eine kleine Plattform zu, die ich mir schon vorher als letzten Ruheplatz gemerkt hatte. Als ich mich hinter den Felsvorsprung ducken konnte, war der Adler kaum noch drei Meter von mir entfernt. Ohne diese Zufluchtsstätte wäre ich bestimmt verloren gewesen, denn ich hätte mich ja überhaupt nicht wehren können, weil ich Hände und Füsse zum Anklammern an den Fels benötigte.

Doch der Adler schien auch jetzt noch Anstalten zu machen, auf mich loszugehen. Vermutlich fürchtete er einen Angriff von mir auf sein Nest und war äusserst gereizt. Schliesslich musste ich mich mit Felsstückchen wehren und traf ihn auch einmal gegen den rechten Flügel. Darauf zog er plötzlich in grossen Kreisen über den Gipfel hinweg auf die andre Seite, und nach langer Zeit wagte ich mich wieder aus meinem Versteck heraus. Um keine unnötige Angst hervorzurufen, habe ich niemandem davon erzählt. Aber jetzt sind wir ja auf dem Rückmarsch und bald wieder in zivilisierten Gegenden, wo die Leute mir kau noch mein Erlebnis glauben werden."

So beendete er kurz seine Worte, die still und ruhig in das sterbende Dunkel hineingesprochen wurden. Einige von unsern Freunden waren schon in den bleiernen Schlaf überanstrengter Menschen gesunken. Wir Andern lagen stumm nur noch wenige Minuten wach und starrten in das glitzernde Sternennetz der südlichen Nacht.

Karl Moeller.

-----  
Zehn Zentner Krabben.<sup>x</sup>  
-----

SPD. Wenn der Leuchtturm aufblinkte, tauchten aus dem Dunkel des kleinen Hafens eine lange Reihe weisser, kleiner Schiffsleiber auf, und wie ein Lianen bewachsener Wald ubelaubter Bäume standen die Masten. Man hörte das Rauschen der Brandung hinter dem Deich, der den Hafen schützte. Wenn aber das Blinkfeuer nicht gerade aufzuckte, blieb der Deich in der undurchdringlichen Tiefe der Nacht.

Im "Muschelsaal", der einzigen Sehenswürdigkeit des kleinen Fischerdorfes hatte ich ein paar Brocken der Gespräche erwischt, aus denen ich mir zusammenreimen konnte, dass es heute Nacht auf die Krabben ging.

Da brannten auch schon einige Toplichter an den Masten, und aus den Kajüten sprang hier und da ein Lichtschein in die Nacht.

"Je", sagte der Schiffer, den ich gefragt hatte, "wenn Du mitwullt, half dree is Stauwoter; denn goht wi rut."

Als ich die Tür aufriss, um mir schnell noch einen Mantel zu holen, braus hinter mir her ein Gelächter als Antwort auf die Ankündigung "meines" Schiffers: "De Zeitungsschreiber geht mit mi rut hüt Nacht!"

Das Rattern eines Motors versöhnte mich wieder. Als ich, die Wolldecke unterm Arm, nach dem Hafen hinunterkam, schlug es halb zwei.

"Wo liegt Jan Krus?" fragte ich einen Jungen, der die Lampen klar machte.

"Tweundtwintig; dor buten liggt he."

Nachdem ich über die drei Schiffe geführt war und beim Blinkfeuer die Nummer 22 ausgemacht hatte, schob ich den Kajütendeckel zurück und legte mich in der Kombüse auf die Bank.

Das Plätschern des Wassers war ein herrliches Wiegenlied.

Krabben, Krabben - das ganze Deck war voll. Immer mehr kamen. Aber wir fischten ja gar nicht. Sie krochen an allen Enden des Kahns herauf und überschwemmten den Motor, die Bunn und kamen haufenweise in die Kajüte. Der Schiffer raste wie wild auf Deck herum. Er hatte nicht Platz genug für alle. Da kam ein grosser Fisch über die Bordwand gesprungen und machte sich über die Krabben her. Nun kam er mit einem Satz die Kajüststreppe herunter. Donnerwetter!.....hatten sie den Mast angefressen? Mit einem furchtbaren Krach ging alles über Bord. Das ganze Schiff zitterte. Jetzt war der grosse Fisch bei mir und zerrte an mir herum. Ich schrie laut: "Hööh!"

"Wat is denn los?" fragte der Schiffer ganz ruhig. "Stoh man op; wiß wüllt los."

Der Gros war doch zu "nördlich" gewesen.

Im Osten stand schon ein schmaler, heller Streifen über der Kimmung, als wir auf der Höhe des Buschsand den Motor abstellten. Wir setzten Grossegel und Fock - das Schleppnetz war schon seit einer Stunde klar. Durch die Morgenstille klang der Takt eines Motors, der, dem Klang nach, schon die Kurre zog.

Dann setzten auch wir das Schleppnetz aus. Der Drahtbügel, dessen zwei Meter breites Maul einen Netzkörper von 5 Metern hinter sich hatte, sauste auf den Grund. Wir steckten hundert Meter Trosse aus und seilten platt vor dem Wind in die offene Nordsee. Die Buschsandbake kam langsam aus Sicht.

Der Himmel schmückte sich für den nahenden Morgen. Das helle Smaragdgrün des unteren Saumes ging nach dem Zenith in Blaugrün über. Hinter der Erdrundung sandte ein Strahl seine Vorläufer und vergoldete die Ränder der weissen Wölkchen. Vom sanftesten, durchsichtigsten Rosa bis zum blutigsten Rot flammten die Farben auf. Ein riesiges augenblendendes Gold liess die Kimmung ins Unendliche versinken. Die lang anlaufenden Wellen mischten damit ihr dunkles Grün. Leuchtendes Smaragdgrün auf allen Wellenkämmen.

Dann schien der Himmel zu brennen. Langsam schob sich der glutrote Feuerball aus der Weltweite.

Draussen blinkten die weissen Leiber von drei Fischerbooten auf, gegen das helle Blau des Himmels mit dem rotbraunen Segel verbunden.

Neben dem Motor stand der grosse eiserne Kessel, der drei Zentner Krabben aufnehmen konnte. Als das Wasser (Seewasser) darin zu brodeln anfang, rief der Schiffer in die Kajütskapp: "Optrecken!"

Der Wind hatte sich gelegt. Die Seile wurden angeschlagen, und der Motor holte die Trosse ein. Langsam kam die Kurre hoch und längsseit.

Prall voll war der Steert. Krebse, Seesterne, Schollen und Krabben, Krabben, Krabben wimmelten durcheinander. In Mannshöhe hing der Kurrenbügel. Wir drei hoben den Steert über die nur zwei Fuss hohe Bordwand. Die Kurre wurde nach achtern gedreht, senkte sich dicht über das Achterdeck, und mit einem Ruck schossen die Gefangenen aufs Deck. Krabben und immer noch Krabben türmten sich auf. Die Krebse schienen zu wissen, dass aus dem Speigatt der Weg zur Freiheit ging.

Dann ging das Sortieren an. Ein Sieb bekam jeder, und alle Krabben passierten das Drahtgeflecht. Wer durch die Maschen fiel, war in Freiheit. Was im Sieb blieb, landete im kochenden Wasser.

Schollen, einige Dorsche, Teufelsfische und Zungen lohnte es einen halben Eimer.

Der Junge hatte einige glasige Ostseekrabben erwischt. Dafür bezahlte das Aquarium in Büsum fünf Pfennig das Stück. (Er hatte drei Mark verdient.)

Zwei Zentner Krabben blieben im Kessel. Vor dem Netz zog der Motor zum neuen Fang.

Die frischgekochten Krabben lösten sich leicht aus der Schale. Ein Stück Schwarzbrot und eine Tasse heissen Kaffee - ein herrliches Frühstück.

Noch viermal zogen wir das Netzauf. Bis zum höchsten Stande der Sonne hätten wir wohl zwanzig Zentner fischen können. Fang und Absatz aber sind

zweierlei. Es waren 10 Boote unterwegs. Jedes Boot brachte zehn Zentner. Das war ausgemacht.

Mit der letzten Flut rückten die Boote in den Hafen.

Hundert Weidenkörbe, die jeder einen Zentner der roten Schaltiere enthielten, fuhren in die Fabrik. Frisch oder konserviert, eine begehrte Delikatesse.

Die erste Frage der Schiffer, als wir ankamen, war: "Na, hett de Schriber mit sortiert?" Da lachte Jan Krus und sagte: "De ganze Tid - de hett gor nix markt. Ich gleuw, de kennt den Rummel."

Nun wurde mir das Gelächter klar, das mich am Abend vorher begleitet hatte. Von den Badegästen, die mitgefahren waren, erzählte der Schiffer, hätte keiner mit sortiert, Die hätten alle seekrank in der Koje gelegen.

Otto Larsen.

-----  
Die Blutnacht von Casas Viejas.<sup>x</sup>  
-----

SPD. "Die Revolution in Spanien ist nicht zu Ende; sie ist noch im Gange"; so hört man es jetzt immer wieder in der Presse, in politischen Aussprachen, in Interviews. Die Vorfälle der zweiten Januarwoche sollen diesen Satz vollkommen bestätigt haben. Doch wenn die anarchistischen Aufstände dieser Tage in ihrer ganzen Sinnlosigkeit auch keine Revolution, sondern entweder Verzweiflungskampf verhungender Menschen oder gut berechnetes Spiel der Gegner der Republik darstellen, die es sehr gut verstehen, die Verzweiflung jener Elemente irrezuführen, so ist die tragische Nacht in jenem kleinen Orte bei Cadiz, dessen Name "Casas Viejas" (die alten Häuser) von nun ab wohl historisch werden wird, keine Revolution; kein demagogisches Spiel, sondern reines, unverfälschtes und schreckliches Mittelalter.

Nach Casas Viejas zu fahren, um sich den Schauplatz dieser Greuel anzusehen, ist gegenwärtig unmöglich. Der Ort ist so gut wie abgeschnitten von der Aussenwelt, die Einwohner sind in die Berge geflüchtet und warten dort bewaffnet auf den entscheidenden Kampf, dessen Ausgang allen klar sein muss. Aber man braucht auch gar nicht nach Casas Viejas zu fahren, um sich eine Vorstellung von der Ortschaft zu machen. Es genügt, das Land und die Gegend zu kennen; es genügt, von den Zuständen in Andalusien zu wissen; es genügen einige Zahlen.

Casas Viejas liegt 17 Kilometer von der Stadt Medina Sidonia entfernt, einer Stadt, die ungefähr 12 000 Einwohner zählt und auf dem Wege von Algeciras nach Cadiz liegt. Casas Viejas, ein kleiner Ort auf einem Hügel, dessen zwölfhundert Einwohner in alten, armseligen Häusern zusammengepfercht leben. Das Land ist hier schön und fruchtbar, aber es ist das typische Bereich der Grossgrundbesitzer. Ein einzelner Mann besitzt hier 17 000 Hektar schönsten Boden. Wie sich also das Leben in Casas Viejas abgespielt hat, kann man sich leicht vergegenwärtigen. Die wunderbare Sonne Andalusiens konnte das Elend dieses Häufchens armseliger Menschen, die auf fremdem Boden arbeiteten und einen Hungerlohn erhielten, nicht vergolden. Kein Wunder also, dass dieser Ort der anarchistischen Propaganda ausserordentlich zugänglich war; kein Wunder vielleicht auch, dass gerade hier eine der Zentralen der anarcho-syndikalistischen Bewegung entstanden ist, denn die geheime, unterirdische Arbeit braucht Orte, die nicht nur vom Elend heimgesucht sind, sondern um die sich auch die Behörden wenig kümmern. Während nun infolge der zahlreichen Aufstände der letzten Tage die Aufmerksamkeit der Behörden auf die Unruheherde Andalusiens, wie Sevilla, Malaga, Granada, Cadiz, konzentriert war, kam es gerade in dem kleinen, unbeobachteten Orte Casas Viejas zum blutigsten und fürchterlichsten Zusammenstoss.

Es war noch nicht möglich festzustellen, wer den Bewohnern von Casas Viejas den Befehl zum Aufstand erteilt hat. Die anarcho-syndikalistische Presse lehnt für ihre Führer die Verantwortung ab. Jedenfalls wurde in Casas Viejas der irrsinnige Beschluss gefasst, den Ort in die Gewalt der Anarchisten zu bringen, und man stürmte zu diesem Zwecke den Posten der Gendarmerie. Die "Revolutionäre" waren mit Jagdgewehren und Sensen bewaffnet. Die Vertreter der staatlichen Macht setzten sich zur Wehr. Ein Gendarm wurde verwundet. Das war das Zeichen zum Alarm. Von allen Seiten, aus Jerez, Cadix, Medina Sidonia eilte den bedrängten Gendarmen Verstärkung zu Hilfe. Die Aufständischen zerstörten die telephonischen und telegraphischen Leitungen und versuchten, die Landstrasse unpassierbar zu machen. Trotzdem langte die Guardia de Asalto - Ueberfallkommando - aus den benachbarten Orten in Casas Viejas an. Doch inzwischen war es Nacht geworden. Die Aufständischen hatten sich in einem Hause verschanzt und beschossen von dort aus die herannahenden Gardisten. Einer von ihnen, der sich in das Haus hineinwagte, wurde mit Schüssen empfangen und stürzte zu Boden. Damit nun das Haus nicht weiter beschossen würde, holte einer der Aufständischen unter Lebensgefahr den Gestürzten ins Haus, und man stellte ihn ins Fenster. Da man behauptet, dass der Mann in diesem Augenblick noch nicht tot gewesen sei, so wurde er also von seinen Kameraden erschossen, denn der Feuerangriff aufs Haus wurde deshalb nicht unterbrochen. Der Kampf nahm immer grauenvollere Formen an. Das Haus wurde nicht nur mit Maschinengewehren beschossen und mit Handgranaten bombardiert, sondern man kam auf den fürchterlichen Gedanken, mit Petroleum getränkte Geschosse zu werfen, und setzte dadurch das Haus in Brand. -

Am nächsten Morgen herrschte Ruhe in Casas Viejas. Unter den Trümmern des abgebrannten und zerstörten Hauses fand man neunzehn verkohlte Leichen, darunter die einiger Frauen. Der Anführer der Anarchisten, genannt "Seisdedos" (Sechsfinger), ist samt seinem Sohn und seiner Tochter, die Libertaria hieß (von libertad - die Freiheit), in den Flammen umgekommen. Die Bewohner der übrigen Hütten, aus denen ebenfalls geschossen, in denen ebenfalls gekämpft wurde, sind, sofern sie am Leben blieben, in die Berge geflüchtet. Man spricht von einem Heerlager der Aufständischen, das ungefähr 400 Mann zählen soll. Die energischsten Massnahmen sind gegen sie ergriffen worden, man sagt sogar, dass Flugzeuge hingeschickt wurden. Der Ausgang des ungleichen Kampfes ist unzweifelhaft.

Aber nichts kann wohl diesem Grauen gleichkommen: ein kleines, armseliges Haus, in dem ein Häufchen Verzweifelter, von falscher Propaganda irreführt, um das Höchste zu kämpfen glaubt, wird von andern Menschen in Brand geschossen, und Menschen schauen zu, wie Menschen in Flammen umkommen und verkohlen. Welch furchtbaren Schatten wirft dieses mittelalterliche Bild auf die spanische Gegenwart!

Sophie Kramstyk.

-----

SPD. Zehn Jahre Arbeiter-Mandolinisten-Bund. Der Deutsche Arbeiter-Mandolinistenbund (Sitz Magdeburg, Anhaltstrasse 10) veranstaltet aus Anlass seines zehnjährigen Bestehens in der Woche vom 22. bis zum 29. Januar eine Reichswerbeweche. Der Bund wurde am 23. Januar 1923 mit einigen hundert Mitgliedern in Berlin gegründet und umfasst heute 31 Bezirke mit über 6000 Mitgliedern. Sein Ziel ist es, die sozialistischen Kulturbestrebungen durch Verbreitung wertvoller proletarischer Tendenzmusik zu fördern. Ein auf gemeinnütziger Grundlage geschaffener Verlag sorgt für gute und preiswerte Notenbelieferung. 1929 wurde auf dem ersten deutschen Bundesfest in Leipzig die klingende Arbeiter-Internationale gegründet.

-----

# Preussischer Landtag

SPD. Berlin, 18. Januar (Eig. Ber.)

Präsident Kerrl eröffnet die Sitzung mit einer Ansprache zur 62. Wiederkehr des Reichsgründungstages. Das Fürstengeschlecht der Hohenzollern sei der Träger der deutschen Einheitsidee gewesen. (Bravo! rechts)

Abg. Jürgensen (Soz.) verlangt Entfernung der schwarz=weiss=roten Fahne vom Landtagsgebäude, da diese Beflaggung nach den gesetzlichen Bestimmungen unzulässig sei. (Lärm bei den Nat. Soz.) - Der sofortigen Beratung des Antrages wird widersprochen. Ein Antrag auf Unterbrechung der Sitzung wird mit den Stimmen der Rechten abgelehnt. - Der Landtag tritt in die Tagesordnung ein: Schul- und Kulturdebatte.

Abg. Meistermann (Nat. Soz.) begründet den nationalsozialistischen Antrag auf Verbot der weltlichen Schulen: Die Reichsverfassung stehe der Unterdrückung dieser Klassenkampfschulen zweifellos nicht im Wege, da sie ja in Braunschweig durchgeführt sei. Die paneuropäisch=pazifistisch=feige Erziehungsweise muss aus den Volksschulen heraus. - Abg. Haupt (Nat=Soz.) begründet den Antrag, dass in jeder Schulklasse mitgeteilt werden solle, dass das früher erlassene Verbot der Zugehörigkeit von Schülern zu nationalsozialistischen Jugendverbänden, dieses unerhörte Dokument der Knechtung der deutschen Jugend und der Verfolgung des Bekenntnisses zum deutschen Volkstum, aufgehoben sei. - Abg. Kerff begründet die kommunistischen Anträge.

Die Beratung wird planmässig unterbrochen, um die zurückgestellten Abstimmungen vorzunehmen. Die nationalsozialistischen Anträge auf Entfernung aller Juden von den staatlichen Theatern, vom Rundfunk und von den Rundfunkbeiräten und vom Bühnennachweis werden mit den Stimmen der Sozialdemokraten, der Kommunisten und des Zentrums abgelehnt; hingegen mit den Stimmen des Zentrums angenommen, soweit sie sich gegen Ausländer richten. - Der Untersuchungsausschuss für das Fürsorgewesen wird entgegen den antragstellenden Kommunisten, die 29 Mitglieder wünschten, aus 15 Mitgliedern gebildet. - Eine grosse Anzahl Verkehrs-, Arbeitsbeschaffungs- und Subventionsanträge wird gemäss den Vorschlägen des Hauptausschusses und des Landwirtschaftsausschusses angenommen. Angenommen werden auch die Anträge gegen Zechenstilllegungen. Ein nationalsozialistischer Antrag auf Erweiterung der Amnestiebestimmungen hinsichtlich der Disziplinar- und Ehrenstrafen wird dem Rechtsausschuss überwiesen. - Hierauf wird die Kulturdebatte fortgesetzt.

Abg. Dr. Nölting (Soz.):

Es ist schwierig, in dieser Zeit, in der die Welt erschüttert und hoffnungslos nach Brot schreit, den Ruf nach Würde und Freiheit des Geistes erschallen zu lassen. Aber wir bleiben der besten sozialdemokratischen Tradition getreu und lassen uns die Alliance von Arbeit und Wissenschaft - Wissenschaft in ihrem universalsten Sinne - in ihrer alten und bewährten Kraft nicht rauben. (Sehr gut! bei den Soz., Lärm b.d. Nat. Soz.) Unser Widerstand gegen das kapitalistische Wirtschaftssystem verliert nicht, sondern gewinnt nur an Leidenschaftlichkeit, wenn wir gleichzeitig für die Würde des Geistes und die Freude der Schönheit kämpfen. Wir wollen erringen die materielle Emanzipation: dazu unser Mühen um Lohn und Unterstützung, Steuer und Preis. Aber wir vergessen darüber nicht, den freien Geist auf die Schanze zu rufen, gegen die Kulturreaktion der Bracht und Kähler der Freiheit eine Gasse zu bahnen. (Lebhafte Zustimmung bei den Soz.) Die ökonomische Bedingtheit aller sozialen und kulturellen Phänomene setzt ihren hohen und urtümlichen Wert nicht herab. Eine sozial geordnete Welt würde allerdings ihre geistige Regelung weitgehend von selber finden. Heute kann der Spiegel kein anderes Bild zeigen, als das, das hineinschaut: der kulturelle Spiegel reflektiert das Gesicht der Zeit. (Sehr gut! bei den Soz.) Wem es nicht gefällt, der muss die Zeit bessern;

törricht, wenn er den Spiegel schilt. (Sehr gut! bei den Soz.) Das Buch, der Film, die Theateraufführung sind in verursachendem Sinne nie schlimm; schlimm sind das Elend, der Hunger, die Arbeitslosigkeit, die Wohnungsnot. Ihnen gegenüber wollen wir kein Schönfärberisches ablenken und kein idealistisches Abseitschwärmen. Wir lehnen die Kulturmethode ab, die in der Wirklichkeit den Dreckschleudern vom Unrat und Gestank liegen lässt und den Blick zu dem friedlich leuchtenden Regenbogen der Kunst erheben will. Für die Kulturreaktion ist die Kunst stets nur ein Opiat gegen die Hässlichkeit des Lebens. Feigheit und Verbotangst drängen heute alle künstlerische und geistige Betätigung in die eine Linie der Verkitschung zusammen. Der Begriff "deutsch" wird zum Deckwort übelster geistiger Inzucht gemacht.

Einst galt als deutsch das Weltbürgertum; einst war Deutschland stolz, an der Mündung vieler Kulturströme zu liegen; einst wurde die Beschenbarkeit als Hauptvorzug deutschen Geistes gerühmt, aber heute wollen die gleichen Leute, die unter der Parole der Autarkie die deutsche Exportwirtschaft verwüsten, auch mit einem geistigen Brett vor dem Kopf herumlaufen. (Heiterkeit und sehr gut! b.d. Soz.) Der Genius der Menschheit soll künftig durch die braunen Rasseämter marschieren. Das wäre für Deutschland kein Selbstmord, sondern etwas viel Schlimmeres: eine Selbstverkrüppelung. (Lebhafte Zustimmung links!) Fast alles, was uns das Leben lebenswert macht, liegt jenseits des Trennungsstrichs, den die Braunhemden mitten durch die deutsche Kultur ziehen wollen. Ihr sogenannter Kampfbund für die deutsche Kultur fordert, dass nur "deutschblütige" Dichter zum Wort kommen dürfen, die die deutsche Art nicht verleugnen. Nach diesen Grundsätzen würde der Geist Goethes - ganz zu schweigen von Heinrich Heine, den Bismarck so geliebt hat - immer gegen die Wildenbruch und Herzog unterliegen, das dichterische Genie hinter die Schlachtenbarden und Nationaltrompeter zurücktreten, der nationalistische Dichterling besser bestehen, als der wahre und wirkliche deutsche Dichter. Seien wir doch einmal ehrlich miteinander, meine Herren Nationalsozialisten: der private Hitler, der Hitler, wie ihm keiner kennt (Heiterkeit!), hält doch in allem Ernst Arnold Bronnen für den grösseren Dichter als Wolfgang Goethe, zumal der Goethe aus Frankfurt stammt, wo die Deutschblütigkeit bekanntlich niemals ganz zweifelsfrei ist. (Grosse Heiterkeit). Sie haben sich eine bequeme Geschichtsklitterung zurecht gemacht: alles Schöne und Liebenswerte ist deutsch und alles Unwerte ist artfremd, fremdstämmig, semitisch. Aber mit der Feststellung objektiver Wertresultate hat diese voreingenommene Abschätzung nicht das geringste zu tun. Sie haben das Deutschtum zum Feldgeschrei der Barbarei und Unkultur herabgewürdigt. Unter dieser Parole haben Sie die hoffnungsvollen Ansätze einer neuen deutschen Kultur zertrampelt, deren behutsame Schützer wir gewesen sind und weiter sein wollten. (Lärmende Zurufe bei den Nat. Soz.) Denken Sie nur an die von uns erzielten Ansätze von neuem Kulturfortschritt in der Kindererziehung, der sportlichen Betätigung, der grosszügigen Auffassung des Geschlechterproblems, der Ausdehnung der Arbeiterbildung durch volksmässigen Hochschulunterricht. Wie die erste Phase der Jugendbewegung den Deutschen ein neues Naturgefühl übermittelt hat, so unsere Phase den Menschen ein neues Körpergefühl. Den Weg der Siegesallee sind wir freilich nicht getrottet, lärmende Grossmannssucht und Aufgedonnertheit sind uns nie besonders deutsch erschienen. Wir haben auf unsere Weise dem deutschen Gedanken gedient. (Lärmen und Lachen bei den Nat. Soz.) Und nicht Sie, sondern die Geschichte wird das Urteil sprechen, dass wir ihm gut gedient haben. Die Volksschulen, die wir gebaut haben, sind tausend Mal mehr wert, als alle Proklamationen Ihrer Partei. Aber Sie, denen der Hass alles verzerrt, sehen keine Leimenschliche Unzulänglichkeit. (Zurufe bei den Nat. Soz.: Brolat!) Glauben Sie

denn wirklich, Sie begreifen Berlin, wenn Sie es nach den Bars und den Schieberprozessen beurteilen? Und die ganze zähe, ordentliche und unverwundlich gesunde Arbeit übersehen! (Sehr gut! bei den Soz.) Wir könnten ja so tief, wie wir wollten, in Ihren Skandaltopf graifen, wenn uns nicht immer wieder der Ekal davor zurückhielte.

Lassen Sie mich nur ein paar Fälle aus dem neuen System Ihnen vor Augen führen: Da ist ein pommerscher Rektor Weber, Köslin, zum Schulrat ausersehen wegen seiner besonderen heimatkundlichen Verdienste um Pommern, aber die Aufsätze dieses nationalsozialistischen Vertrauensmannes sind aus einem vor 30 Jahren erschienenen Buch von Professor Jonas wörtlich abgeschrieben. Da soll der Studienassessor Schönebeck bevorzugt beschäftigt werden; aber er ist gerade wegen eines übeln Devisenhandels gerichtlich vorbestraft worden, und die geplante Personalschiebung ist also auf einer Devisenschiebung aufgebaut. (Heiterkeit!) Da muss der deutschnationale Landtagsabgeordnete Kickhöffel um jeden Preis aus Pommern nach Berlin versetzt werden, obwohl doch offenbar das hiesige Schulwesen aus seinen Bienen keinen Honig saugen kann. (Schallende Heiterkeit) Da muss - natürlich in einigem Abstand von diesen Erscheinungen - der Staatsrechtslehrer Carl Schmidt für seine Niederlage vor dem Staatsgerichtshof durch die Berufung zum Ordentlichen Professor getröstet werden. Bei dem zeitlichen Zusammentreffen dieser beiden Ereignisse erscheint die Beförderung des virtuosen Jongleurs reaktionärer Staatsstreichkünste nur als eine Art akademischen Trinkgelds. (Sehr gut! b.d. Soz.)

Aber das Regime Bracht-Kähler kennt natürlich nicht nur solche Beförderungen verdienter "deutscher" Männer, sondern natürlich noch mehr Massregelungen und Strafversetzungen ehrlicher Republikaner. Dass dabei die betroffenen Beamten und die Beamtenverbände nicht erst gehört werden, entspricht der neuen autoritären Staatsführung. Wir beklagen nicht die Opfer, die fallen; wir wissen, dass in dieser klassenzerspaltenen Gesellschaft Macht vor Recht geht und dass in der deutschen Politik die harte Soldatenphilosophie herrscht. Aber wenn wir auch über die uns angetane Gewalt nur leise mit den Zähnen knirschen, so lernen wir doch manches dazu und warten unsere Stunde ab, die kommen wird. (Lebhafter Beifall b.d. Soz.) Bilden Sie sich doch nicht ein, dass die 2/3 des preussischen Volkes, die Arbeiter, Angestellte und Beamte sind, jemals vergessen könnten, dass sie 14 Jahre lang den preussischen Staat geführt haben, der jetzt wieder Beute der Feudalen geworden ist. Wir kommen wieder, und wir versprechen Ihnen, Sie werden uns etwas verändert finden und wenig Freude daran haben. In Ihrem Mund war das Wort vom der Futterkrippe ein allloyaler Vorwurf; aber in der heutigen Praxis ist es gigantische Wirklichkeit. Damit haben Sie uns für die Zukunft manche Hemmung genommen. Wir haben jetzt ein für allemal gelernt, dass Ihnen nur Rücksichtslosigkeit imponiert, und werden unser eigenes anständige Innere in Zukunft nie wieder mit Ihren Bewusstseins- und Seeleninhalten verwechseln. (Lebhafter Beifall b.d. Soz., grosser Lärm b.d. Nat. Soz.) Sie lieben uns nicht, meine Herren Nationalsozialisten? Das hätten wir auch nie gewünscht! Aber Sie sollen die deutsche Arbeiterklasse noch einmal fürchten lernen. (Stürmischer Beifall b.d. Soz.) Die Schläge der Reaktion, die wir erhalten haben, brechen uns nicht, die machen uns nur hart. Wir werden auch wieder einmal "auskämmen", und auch dann wird es uns wieder nicht um einzelne Posten und persönliche Vorteile gehen, sondern um Machtgewinn für die Klasse, und wenn Sie dann schreien, werden wir Sie mit der Brutalität zum Schweigen bringen, die Sie uns vorgemacht haben. Was jetzt in Preussen durchgeführt wird, ist der lange vorbereitete Rachezug gegen den freien Geist. Ich nenne die einzelnen Opfer Ihrer Rache nicht, weil es ihren Wünschen nicht entspräche. Sie sind als einfache Kämpfer in die Reihen

der Arbeiter zurückgetreten; aber wir schicken sie als Patrouillengänger wieder vor, wenn die Zeit für unseren nächsten Sturmangriff reif ist. Was uns empört, ist nicht Ihre Brutalität, sondern die Unehrllichkeit Ihrer Ausreden. (Sehr gut! b.d.Soz.) Die Aufrichtung Ihrer Parteibuchbeamtenschaft und die Massregelung bewährter sozialdemokratischer Beamter ist unter einer Fülle verlogenener und verleumderischer Vorspiegelungen durchgeführt worden: Schutz von Ruhe und Ordnung war die erste Lüge, Verwaltungsreform die zweite Lüge. Jetzt sind die Sparmassnahmen die dritte Lüge. (Sehr gut! b.d.Soz.) Dabei hat die ganze Lügerei keinen Zweck: das Volk weiss ganz genau, dass wir in die Zeit der Kinderwagenauslese zurückgefallen sind: das Wörtchen "von" und der bunte Bandzipfel als Zeichen der Zugehörigkeit zu einem Corps sind heute in Preussen wieder der beste Qualifikationsnachweis. (Sehr wahr! b.d.Soz.) Welches Kapital moralischen Vertrauens ist seit dem 20. Juli hier zerschlagen worden! Wollen Sie denn wirklich nur noch Mamelucken um sich dulden?!

Damit bin ich beim Fall Breslau - nicht etwa beim Fall Cohn; denn dieser Professor mit dem Ton der Selbstanklage und Zerknirschung ist kein Märtyrer und kein Heros der Freiheit, er passt durchaus in den Rahmen des Senats seiner Universität. Was Sie gegen diesen rechtsstehenden bürgerlichen Juristen haben, ist ja nur sein odioser Name; es ist eben noch nicht aus jedem Seligsohn ein Soelling geworden; wenn ich dieses Beispiel nehmen darf, um aus Höflichkeit Beispiele aus diesem Hause selbst zu unterlassen. (Grosse anhaltende Heiterkeit) Der Fall Breslau aber besteht darin, dass die Studenten randalierten, die Fensterscheiben zerkrachten und die Professoren vor der Erpresserpolitik der Radaustudenten feige zurückwichen. (Sehr wahr! b.d.Soz.) Es gibt nur eins, was noch grösser ist als das Ruhebedürfnis der Herren Professoren, das ist ihr Bedürfnis nach vollen Hörsälen und hohen Kolleggeldern. (Heiterkeit und Beifall!) Aber einst gab es in Deutschland die sieben Göttinger Professoren, die nicht wichen und die Gewalttätigkeit der Reaktion anprangerten; einst gab es die Schmoller und Wagner, Mommsen und Zeller, die sich im Fall Arons schützend vor die Freiheit der Wissenschaft stellten. Und so verneigen wir uns heute dankend vor den Hochschullehrern, die sich durch ihren Protest gegen die erbärmliche Feigheit des Breslauer Senats selbst geehrt haben, vor dem Altmeister der deutschen Soziologie Ferdinand Tönnies vor Bernard Harms, vor Baumgarten, vor Mendelssohn-Bartholdy, vor Thoma, vor von Aster usw. Und so bekennen wir uns heute erneut zum Art. 118 der Reichsverfassung, zur Freiheit der Wissenschaft, zur Freiheit von Wort und Schrift. Gewiss der Breslauer Senat hat erklärt, dass die Universität nur mit den Waffen des Geistes kämpfe; aber er hat nicht den Mut gehabt, der nationalistischen Verhetzung entgegenzutreten, die mit Schlagringen kämpft. Und diese Professoren-Feigheit ist es, die die Kulturreaktion und den Studentenradau ermuntert. Jetzt geht die Hetze weiter gegen den Professor Schwerin, Lehrer der Statik an der Technischen Hochschule, und man kann ziemlich genau ausrechnen, wann die Hitlerpartei die bestellten und erwarteten Krawalle beziehen wird. Jetzt hat man in Leipzig den Professor Gerhard Kessler und in Jena den Professor Anna Siemsen gemassregelt, weil sie sich politisch nicht genug zurückgehalten hätten. Aber für Hugenberg und Hitler eintreten, ist nie eine politische Belastung, die Freytag-Lorringhoven, Helfritz und Kähler - den Bruder des Kommissars - erträgt selbst der Breslauer Senat ohne Beschwerde. Das muss eine saubere Studentengeneration werden, die an den Brüsten einer solchen Alma mater saugt, die sich gegen Reaktion und Banditismus überhaupt nicht mehr zu wehren wegt. Die Frage Georg Herwegh's: "Russland hat seinen Schnee und Deutschland seine Professoren - welches ist das unglücklichste Land" lässt sich noch immer nicht beantworten. (Heiterkeit und Beifall bei den Soz.)

Dasselbe Zurückweichen an anderen Teilen der Kulturfront. Gegen Hays Gott, Kaiser und Bauer, hat man die holzigste Theaterzensur zur Anwendung gebracht, die es überhaupt gibt. (Heiterkeit) Wir warnen das Zentrum, das Spiel der Nationalisten mitzuspielen, die aus jeder Kulturfrage ein reines Machtproblem machen. Haben Sie doch auch den Rundfunk restlos für das nationalistiche Kraftmeiertum erobert. Der Aether wird jetzt häufiger von den Klängen des Hohenfriedberger erschüttert, als für die Ohren vernünftiger Menschen erträglich ist. (Grosser Lärm bei den Nat. Soz.)

Nach den Grundgedanken des neuen Kultuskommissars in Preussen zu fragen, ist wohl nur eine rhetorische Frage. (Heiterkeit!) Aber im Jahre 1927 hat Herr Professor Kähler in einem Buche als seine Erziehungszeile dargelegt: der Religion wieder die zentrale Stellung im Unterricht zu geben, die Völkerversöhnung zu bekämpfen, die Hochachtung der Masse auszurotten, gegen die Gleichstellung der Geschlechter und gegen die Grundschule zu kämpfen. Die "Berliner Börsenzeitung" sagt es in seinem Sinne etwas deutlicher: Kreuz und Schwert voranzutragen und die Weichlichkeit gegenüber seiner Majestät dem Kinde wieder auszutilgen. Knüppelpädagogen an die Front, ist der Schlachtruf der Kulturreaktion. (Sehr gut! b. d. Soz.)

Die Entscheidungsschlacht zwischen Reaktion und Arbeiterklasse wird nicht an der Kulturfront, sondern an der politischen Front fallen. Die Kulturreaktion ist ja nur ein Teil des gesellschaftlichen Gesamtphänomens der Gegenwart. In der Wirtschaft die Krise, in der Politik der Diktatorenwahn, auf dem Kulturgebiet die Barbarei - das zusammen ergibt erst das Gesamtbild. Uns gegenüber steht die Reaktion in zwei Heerhaufen, der faschistische und der feudale Flügel. Diese faschistische Reaktion haben wir mit Hilfe der von Ihnen mit vollem Recht so geschmähten materialistischen Geschichtsauffassung als nicht zeitbeständig erkannt, weil sie auf keiner einheitlichen Klassengrundlage aufgebaut ist, sondern nur eine Brockensammlung darstellt. Darum musste die Zeit ihr furchtbarster Feind sein, und die Arbeiterklasse musste lavrieren, um Zeit zu gewinnen. Diese taktisch richtige Politik hat die Sozialdemokratie eingeschlagen, und mit ihr haben wir in den deutschen Faschismus den Todeskeim gelegt. Wir haben dabei mit einer unpopulären Politik unseren unvergleichlichen Parteiapparat der schwersten Zerreihsprobe unterziehen müssen. Aber unsere Rechnung hat gestimmt, und die Masse hat uns längst Entlastung erteilt. Die Risse und Sprünge im Hakenkreuz, die sich allmählich zeigen, werden zu einem Bruch im Hakenkreuz werden. Ich bin kein politischer Astrologe, aber das sieht jeder, dass dem Nationalsozialismus vom Gestirn des General Schleicher für das Jahr 1933 Unheil droht. (Schallende Heiterkeit! Zuruf bei den Natsoz.: Lippe) Sie sind sehr bescheiden geworden, wenn Sie die Stürme, die Sie noch zu bestehen haben werden, nach diesem Sturm im Likörglas abschätzen. (Erneute Heiterkeit) Vielleicht ist Herr Hitler überhaupt kein Stern mehr, sondern eine zerplatzende Seifenblase. Sie sind sehr stolz darauf, dass Sie keine Partei, sondern eine Bewegung sind; wir werden dafür sorgen, dass Sie jetzt, wo es abwärts geht, in Bewegung bleiben. Ihre Faszinierungskraft ist dahin, sowohl gegenüber dem Staatsapparat, wie gegenüber dem kleinbürgerlichen Wähler. Ihre Zukunft ist bestenfalls die einer neu etablierten Wirtschaftspartei. Wenn ich Ihr Schicksal neulich mit dem Worte "Vom Adlerhorst zur Geflügelfarm" umschrieben habe, so war nur der Adlerhorst übertrieben. (Heiterkeit) Ohne uns wäre ganz Mitteleuropa dem faschistischen Ansturm erlegen; die deutsche Sozialdemokratie ist stolz darauf, auch für ihre Brüder jenseits der Landesgrenzen die Schlacht geschlagen und gewonnen zu haben. Nun gilt es das deutsche Volk auch von der neuen Junkerherrschaft der Papen, Schleicher und Kähler zu befreien, die ohne die Nationalsozialisten niemals über uns gekommen wäre. Auch hier war bereits trotz aller zusammenwirkenden Faktoren Papens Sturz ein erster Sieg der deut=

Dasselbe Zurückweichen an anderen Teilen der Kulturfront. Gegen Hays Gott, Kaiser und Bauer, hat man die holzigste Theaterzensur zur Anwendung gebracht, die es überhaupt gibt. (Heiterkeit) Wir warnen das Zentrum, das Spiel der Nationalisten mitzuspielen, die aus jeder Kulturfrage ein reines Machtproblem machen. Haben Sie doch auch den Rundfunk restlos für das nationalitische Kraftmeiertum erobert. Der Aether wird jetzt häufiger von den Klängen des Hohenfriedberger erschüttert, als für die Ohren vernünftiger Menschen erträglich ist. (Grosser Lärm bei den Nat. Soz.)

Nach den Grundgedanken des neuen Kultuskommissars in Preussen zu fragen, ist wohl nur eine rhetorische Frage. (Heiterkeit!) Aber im Jahre 1927 hat Herr Professor Kähler in einem Buche als seine Erziehungszeile dargelegt: der Religion wieder die zentrale Stellung im Unterricht zu geben, die Völkerversöhnung zu bekämpfen, die Hochachtung der Masse auszurotten, gegen die Gleichstellung der Geschlechter und gegen die Grundschule zu kämpfen. Die "Berliner Börsenzeitung" sagt es in seinem Sinne etwas deutlicher: Kreuz und Schwert voranzutragen und die Weichlichkeit gegenüber seiner Majestät dem Kinde wieder auszutilgen. Knüppelpädagogen an die Front, ist der Schlachtruf der Kulturreaktion. (Sehr gut! b. d. Soz.)

Die Entscheidungsschlacht zwischen Reaktion und Arbeiterklasse wird nicht an der Kulturfront, sondern an der politischen Front fallen. Die Kulturreaktion ist ja nur ein Teil des gesellschaftlichen Gesamtphänomens der Gegenwart. In der Wirtschaft die Krise, in der Politik der Diktatorenwahn, auf dem Kulturgebiet die Barbarei - das zusammen ergibt erst das Gesamtbild. Uns gegenüber steht die Reaktion in zwei Heerhaufen, der faschistische und der feudale Flügel. Diese faschistische Reaktion haben wir mit Hilfe der von Ihnen mit vollem Recht so geschmähten materialistischen Geschichtsauffassung als nicht zeitbeständig erkannt, weil sie auf keiner einheitlichen Klassengrundlage aufgebaut ist, sondern nur eine Brockensammlung darstellt. Darum musste die Zeit ihr furchtbarster Feind sein, und die Arbeiterklasse musste lavrieren, um Zeit zu gewinnen. Diese taktisch richtige Politik hat die Sozialdemokratie eingeschlagen, und mit ihr haben wir in den deutschen Faschismus den Todeskeim gelegt. Wir haben dabei mit einer unpopulären Politik unseren unvergleichlichen Parteiapparat der schwersten Zerreihsprobe unterziehen müssen. Aber unsere Rechnung hat gestimmt, und die Masse hat uns längst Entlastung erteilt. Die Risse und Sprünge im Hakenkreuz, die sich allmählich zeigen, werden zu einem Bruch im Hakenkreuz werden. Ich bin kein politischer Astrologe, aber das sieht jeder, dass dem Nationalsozialismus vom Gestirn des General Schleicher für das Jahr 1933 Unheil droht. (Schallende Heiterkeit! Zuruf bei den Natsoz.: Lippe) Sie sind sehr bescheiden geworden, wenn Sie die Stürme, die Sie noch zu bestehen haben werden, nach diesem Sturm im Likörglas abschätzen. (Erneute Heiterkeit) Vielleicht ist Herr Hitler überhaupt kein Stern mehr, sondern eine zerplatzende Seifenblase. Sie sind sehr stolz darauf, dass Sie keine Partei, sondern eine Bewegung sind; wir werden dafür sorgen, dass Sie jetzt, wo es abwärts geht, in Bewegung bleiben. Ihre Faszinierungskraft ist dahin, sowohl gegenüber dem Staatsapparat, wie gegenüber dem kleinbürgerlichen Wähler. Ihre Zukunft ist bestenfalls die einer neu etablierten Wirtschaftspartei. Wenn ich Ihr Schicksal neulich mit dem Worte "Vom Adlerhorst zur Geflügelfarm" umschrieben habe, so war nur der Adlerhorst übertrieben. (Heiterkeit) Ohne uns wäre ganz Mitteleuropa dem faschistischen Ansturm erlegen; die deutsche Sozialdemokratie ist stolz darauf, auch für ihre Brüder jenseits der Landesgrenzen die Schlacht geschlagen und gewonnen zu haben. Nun gilt es das deutsche Volk auch von der neuen Junkerherrschaft der Papen, Schleicher und Kähler zu befreien, die ohne die Nationalsozialisten niemals über uns gekommen wäre. Auch hier war bereits trotz aller zusammenwirkenden Faktoren Papens Sturz ein erster Sieg der deut-

schen Demokratie. (Sehr gut! b.d. Soz.) Zwischen Schleicher und uns hat der 20. Juli eine unabdingbare Feindschaft gesetzt. Wir haben zum Generalsozialismus kein Vertrauen; aber vor allem ist Schleicher Träger des Systems, das am 20. Juli die Mitregierung der Arbeiter im Staat gewaltsam beendet hat. (Sehr gut!) Wenn die Nationalsozialisten sich an Schleichers Deichsel spannen lassen, bringen sie es höchstens noch zum Aftermieter in der Wilhelmstrasse. (Heiterkeit) Wenn sie aber in Verzweiflung die Opposition gegen Schleicher fortsetzen, dann müssen sie in einen neuen Wahlkampf mit leerer Seele, leeren Gehirnen und leerer Kasse. Wir rufen das verelendete Proletariat und den zerriebenen Mittelstand zum Kampf gegen die faschistische und feudale Reaktion und rufen zu unserer Hilfe auch den freien Geist. (Stürmischer langanhaltender Beifall und Freiheit=Rufe bei den Soz.)

Abg. Dr. Haupt (Natsoz.): Es gibt keine Wissenschaft ausserhalb des Volkes. Alles andere ist nur internationale Arroganz. Die Sozialdemokratie lebt nur nach den Weisungen des "Berliner Tageblatts" und der Juden. Mit den Kommunisten sind wir einig in der Forderung der Erziehung der deutschen Jugend zur deutschen Nation, und wir begrüßen es, dass diese Formulierung ein kommunistischer Redner gefunden hat. Die meisten Kommunisten gehören in unsere Reihen. Um das Deutschtums willen sind wir leidenschaftlichere Antisemiten wie je zuvor. Kein Jude darf Lehrer an einer deutschen Schule sein. Im Geistigen sind wir Nationalsozialisten für unbedingte und schrankenlose Autarkie. (Lebhafter Beifall bei den Natsoz.)

Abg. Schumacher (Ztr.) und Abg. Veidt (Christl. Soz. Volksdienst) plädieren für die Rechte der Religionsgemeinschaften über die Volksschule.

Die Fortsetzung der Kulturdebatte wird auf Donnerstag Mittag 12 Uhr vertagt.

---